Die „Volkswacht" erscheint wöchentlich 6 Mal und ist durch die Expedition, Neue Graupenstr. 5/6, und durch Kolporteure zu beziehen. Preis vierteljährlich Mk. 2.50, pro Woche 20 Pf. Durch die Post bezogen Mk. 2.50, frei ins Haus Mk. 2.92, wo keine Post am Orte, Mk. 3.34.

# Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

[illegible] 15 Pfennig [illegible] Inserate für die nächste Nummer müssen bis Vormittag 9 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

Telephon Redaktion 3141.

## Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon Expedition 1206.

Nr. 6. Dienstag, den 8. Januar 1907. 18. Jahrgang.

## Wahlwünschelrute.

**Aus Berlin wird uns von gut unterrichteter Seite geschrieben:**

In der nächsten Zeit wird die Regierung in Millionen Exemplaren eine Wahlbroschüre unter die Massen werfen, in der „die Wahrheit über die deutschen Kolonien" nun endlich den deutschen Hirnen eingebrannt werden soll. Wir sind in der Lage, heute schon von dieser Tat der deutschen Regierung unseren Lesern Kenntnis geben zu können. Auf dem Titelblatt des 24 Seiten umfassenden Heftes befindet sich der Umriß von Afrika, in dem bedeutsam die deutschen und die englischen Kolonialgebiete und außerdem die Eisenbahnen eingezeichnet sind. Für Leute, die noch nicht wissen, wie Togo, Kamerun und Südwestafrika liegen, wird das Heft von Wert sein. Im übrigen aber beweist die Wahlbroschüre, mit welcher Verachtung die herrschende Klique von der Intelligenz und der Bildung des deutschen Volkes denkt. Man behandelt in dieser aus einem geheimnisvollen Fonds gespeisten Schrift, die unter dem Decknamen der Firma Mittler u. Sohn erscheinen soll, die deutschen Wähler nicht anders wie die Neger in Afrika. Wie man diesen für Glasperlen und Kochtöpfe ihre Rinder abnimmt, so glaubt man, daß die mündigen Deutschen für die Glasperlen dieser Litteratur das Erstgeburtsrecht ihres Staatsbürgertums verhandeln werden. Die Schrift ist in kindischem Fibelstil abgefaßt. Sie hebt an:

„Mutter Weber strahlte vor Glück! Man konnte es auch ihr nicht verdenken. Ihr August war 1¼ Jahr in Deutsch-Südwestafrika gewesen und nun wieder zurück. Der August stand in seiner grauen Tropenuniform, die ihn ganz famos kleidete, wieder neben seiner Mutter in der Tür des Kramladens."

So geht es in gemütvoller Albernheit weiter, und dann werden Gespräche der Krieger mit einem Arzt, der der Held des Romans ist, mitgeteilt. Wir erfahren da, daß man aus Südwestafrika ein Fleischversorgungsparadies machen könnte — zwar nicht für Deutschland, aber für die Engländer in Kapstadt. Südwestafrika ist durchaus keine Wüste, sondern es hat „sehr merkwürdige Futterkräuter", die eine ewige Wasserleitung in sich haben, die Schafe, die diese saftigen Kräuter fressen, brauchen kein Wasser sonst! Aber auch sonst ist Wasser genug da, „aber man muß es erst herausholen; man möchte beinahe sagen: heraufgewöhnen, wenn die Menschen das in Südwestafrika tausend Jahre nicht getan haben, dann verkriecht sich das Wasser."

Endlich hat man die bisher vermißte zugkräftige Wahlparole! Tausendjährige Schuld ist zu sühnen. Auf in den heiligen Krieg, um das verkrochene Wasser in Südwestafrika heraufzugewöhnen! Wenn man schon Licht in Säcken in das Rathaus getragen hat, warum soll man nicht auch verkrochenes Wasser aufspüren und an die Oberfläche bringen. Es scheint, daß das südwestafrikanische Wasser boshafterweise schon die kommende deutsche Kultur seit tausend Jahren geahnt hat, und daß es sich deshalb rechtzeitig aus dem Staub, oder vielmehr in den Staub gemacht hat. Deutsche, opfert Eure Milliarden, um das verkrochene Wasser in Südwestafrika wieder heraufzugewöhnen! Zur Verbilligung des Transportes all der Wünschelruten, die notwendig sein werden, um das feige Wasser wieder an die Freiheit der Sonne zu gewöhnen, müssen natürlich neue Bahnen gebaut werden, gleich wie die Deutschen in Südwestafrika erst dann mit der Fleisch-Versorgung des Kaplandes „ein feines Geschäft" machen können, wenn die Bahn fertig ist. „Denn die englische Fleischversorgungsgesellschaft kann das geschlachtete Fleisch in drei Tagen von unserem deutschen Hafen Swakopmund nach Kapland verschiffen." In drei Tagen schon? Dann hat sich also Herr Wörmann die hunderttausende Mark, die er wegen der schlechten Landungsverhältnisse in Swakopmund an Liegegeldern der Schiffe von den deutschen Steuerzahlern erhalten hat, nicht nur die Verzögerung ungebührlich bezahlen lassen, sondern die Liegegelder waren überhaupt nicht berechtigt. Oder übt etwa nur geschlachtetes Fleisch, das für das englische Kapland bestimmt ist, solche Beruhigung auf den Hafen in Swakopmund aus, daß er der Landung und Ladung keine Schwierigkeiten mehr bereitet?

Mutter Weber selbst ist die einzige, die gelegentlich eine vernünftige Frage aufwirft, vermutlich, weil sie nicht wahlberechtigt ist und ihr deshalb ein Rest von Vernunft ohne Schaden für die große nationale Sache gelassen werden darf. Mutter Weber also fragt: „Wozu war denn nun eigentlich der ganze Krieg nötig?" Und der brave Sohn in der famosen grauen Tropenuniform gibt folgende Auskunft: „Aber Mutter, da waren doch so viele deutsche Bauern und Gutsbesitzer (in Südwestafrika nennen sie sie Farmer); die hatten sich schöne Häuser und Ställe gebaut, und hatten große Herden von Rindvieh und Schafen, da kamen die Schwarzen, schlugen die Weißen tot, und trieben die Herden weg. Das konnte doch nicht so hingehen! Da mußte man sich doch wehren!"

Der reine Gardist von Köpenick. Er verwechselt schwarz und weiß. Die wirklichen Soldaten, die nach Afrika hinübergegangen sind, haben dort drüben nämlich genug gehört, um die einfache Tatsache, daß die großen Herden von Rindvieh und Schafen den Schwarzen gehörten, von den Weißen hinweggetrieben worden sind, und daß man obendrein die wirklichen Besitzer totschlug, trotz aller nationalen Instruktion zu wissen. Die Schwarzen waren es, die dann denken mußten: „Das konnte doch nicht so hingehen! Da mußte man sich doch wehren!" Die „frischen deutschen Jungen", die der Wahlschriftsteller erfunden hat, sind ein Erzeugnis seiner mageren Phantasie. Es sind aber genug Soldaten aus Afrika zurückgekommen, die die südwestafrikanische Wüste und das Wesen der deutschen Viehräuber (in Südwestafrika nennen sie sie Farmer) vollständig durchschaut haben.

Merkwürdig wie alles in diesem Wahlheft ist freilich, daß die frischen deutschen Jungen überhaupt zurückgekommen sind, obwohl man ihnen drüben die Inventuren von drei Farmern erzählt hat: „Einer hatte angefangen mit 68,000 Mark. In 9 Jahren hatte er es in seiner Rinderfarm auf 125,000 Mark gebracht; die verzinsten sich mit 15,000 Mark, das sind 12 v. H. Ein anderer hatte Wollschafe gezogen, er hatte mit 74,000 Mark angefangen, in 5 Jahren hatte sich das Kapital auch auf 125,000 Mark vermehrt; das brachte ihm auch 12 Prozent Zinsen. Ein dritter hatte noch mehr Glück, er war auch wahrhaftig ein ganzer Kerl; der hatte vor 5 Jahren mit 35,000 Mark angefangen, und hat jetzt 150,000 Mark."

Der frische deutsche Junge, der diese Dernburg'schen Inventuren gläubig nachschwatzt, hat die Rentabilität von Südwestafrika bedeutend unterschätzt. Wir wetten, daß die drei Farmer viel mehr Geld jetzt besitzen als angegeben, daß sie hingegen mit keinem Heller angefangen haben. In Südwestafrika hat man während des Krieges sich nicht mit 12 Prozent begnügt, sondern 500 Prozent waren sicher noch der bescheidenste Anspruch. Fremdes Vieh ergaunern und dann es den deutschen Soldaten dank dem Milliardenkrieg für Gold aufwiegen, das ist ein Geschäft, das man in Südwestafrika deutsche Landwirtschaft nennt. Und wenn unsere deutschen Junker irgendwie überzeugt wären, daß der schöne Krieg in Südwestafrika noch einige Jahrzehnte fortdauert, sie würden der heimischen Not der Landwirtschaft entfliehen und in dies Paradies gehen, in dem man ihnen für das Pfund Fleisch mindestens das Drei- und Vierfache bezahlt. Mutter Weber unterließ es, diesmal zu fragen, warum die frischen deutschen Jungens denn nicht drüben geblieben wären, und da sie wahrhaftig doch auch wohl ganze Kerls seien, nicht ebenfalls versucht hätten, so feine Geschäfte zu machen, wie die drei Farmer.

In dem Wahlheft wird sogar mit Burenpoesie gearbeitet. Da wird von dem heldenmütigen Präsidenten Steijn erzählt, der mit Ohm Krüger besiegt wurde, und dann in Europa krank ankam und gestorben sei. Frau Weber aber verläßt auch hier ihr sonst bewährter kritischer Hang, und sie macht den Sprößling nicht darauf aufmerksam, daß sowohl der heldenmütige Präsident Steijn wie der Ohm Krüger bei uns längst nicht mehr bevorzugt werden; daß man zwar Krüger vor dem Ausbruch des Krieges die deutsche Hilfe zugesichert hat, daß man aber nach seiner Besiegung den nach Deutschland kommenden Bettler brutal von der Schwelle gescheucht hat; wir trauen Mutter Weber sogar zu, daß sie weiß, wie der gegenwärtige Staatssekretär des Auswärtigen gerade an Ohm Krüger den Hausknechtsdienst geleistet hat.

Auch das Klima von Südwestafrika ist ausgezeichnet. Das bißchen Tropenfieber gibt sich schon, wenn man nur gehörig Chinin schluckt. Man schickt ja sogar Lungenkranke nach Südwestafrika. Zweifellos: noch niemals ist jemand in Südwestafrika an Lungenschwindsucht gestorben, weil eben der Typhus schneller arbeitet. Der Segen der

---

## Mutterfreuden.

*Roman von H. Salomon.*

17) (Nachdruck verboten.)

„Na, verstell' Dich man nicht so. Wirst doch wohl den jungen Windbeutel, den Schmied kennen?"

„Ah so, der!" nickte der Alte. „Ja, ich globe, der war och dabei. Das warn so an die zwanzig Stück und noch mehr. Der Wagen war ganz voll. Ich sag' Euch, Bauer, das ganze Dorf war dabei. Na, und erst die Mädels! Da fehlte wohl keene. Bloß die Bertha hab' ich nich geseh'n."

„Hat da auch nichts zu suchen gehabt. Die kann froh sein, daß der saubere Lustikus davon ist. Wär' doch nichts Gutes nach gekommen", meinte trocken der Bauer.

„Na ja, 's kann schon sein, 's kann schon sein", murmelte der Alte vor sich hin und die zum Kuhstall führende Tür öffnend, humpelte er da hinein, um forschend den Raum zu durchsuchen. Kaum hatte er die Tür hinter sich geschlossen, als aus dem Halbdunkel sich eine Frauengestalt erhob und auf den Alten zustürzte.

Der aber sagte mit flüsternder Stimme: „Seid still, Mädel. Draußen steht der Bauer. Ich glob, er hat was gemerkt." Und ihr schnell das kleine Kästchen zustedend, rief er jetzt mit lauter Stimme: „'s wird aber Zeit, Jungfer, daß wir bald fertig werden, sonsten brummt wieder der Bauer." Damit humpelte er wieder hinaus, um das nötige Futter für die Tiere zu besorgen."

Wie die Bertha das kleine Päckchen in der Hand fühlte, durchzog ihren Körper ein wonniges Glücksgefühl. Rasch hatte sie mit fiebernden Händen die Hülle gelöst und vorsichtig öffnete sie nun das Kästchen. Ein schlichter, breiter Goldreifen blitzte ihr entgegen, mit einem kleinen Zettel versehen, auf dem nur die beiden einfachen und doch so viel versprechenden Worte standen: Meinem Weibe!

Bei diesem Anblick des winzigen Kästchens, in welchem ihr eine ganze Welt von Liebe und Treue zu wohnen schienen, traten ihr unwillkürlich heiße Tränen in die Augen. Zaghaft und doch glücklich steckte sie den Reif auf den rechten Goldfinger und betrachtete ihn weltvergessen immer wieder von neuem, um innige Küsse darauf zu drücken.

So spielte sich hier in dem dumpfen, muffigen Kuhstall eine jener poesievollen Szenen ab, die man oft auf Gemälden und Kunstblättern dargestellt sieht. Freilich in anderer Art. Entweder im [illegible] Waldesdunkel oder im sonnendurchfluteter, blühender [illegible] erscheinen diese Darstellungen dem Beschauer. Wie ganz anders hier! Und doch schlug auch in diesem jungen, einfachen Mädchen ein glühendes, leidenschaftlich liebendes Herz. Sich hingebend dem Erwählten mit ganzer Liebe, [illegible] und vertrauend auf seine Treue und innerlich erstarkend als erwartendes Weib!

Wie lange sie so gesessen, sie wußte es nicht. Erst der Ruf der Bäuerin schreckte sie aus ihrem Traume auf. Hastig und sicher verbarg sie das blinkende Zeichen der Treue und Liebe wieder in dem kleinen Behälter. Dann trocknete sie mit der Schürze ihre Tränen und folgte willig den Anweisungen ihrer Herrin, um am späten Abend in ihrer Dachkammer nochmals die volle Glückseligkeit des liebenden Weibes durchzukosten.

9.

Langsam und träge flossen die Tage auf dem Jürgenschen Hofe dahin. Man rüstete sich zum Winter. Die Felder waren soweit bestellt, daß man jetzt mit Muße dem kalten unwirtlichen Gesellen entgegensehen konnte. Wenn die Winterszeit herankam, in welcher der Bauer fast zur Untätigkeit gezwungen war, legte er sich mit Vorliebe auf die Schweinezucht. So hatte er regelmäßig ein Dutzend und noch mehr dieser recht einträglichen Borstentiere. Da hieß es denn gut aufpassen, daß die Tiere auch immer ihr richtiges und reichliches Futter erhielten, denn davon hing es in erster Linie ab, wenn keine Krankheiten die Tiere unter Umständen vernichten und dadurch wertlos machen sollten.

Niemand verstand aber auf dem Hofe die Schweinezucht besser als die Bertha. Die Tiere selbst kannten auch ihre Wärterin schon an dem Tritt, sobald sie sich mit dem Futterkübel ihrem Stalle näherte. Jedes Tier hatte seinen bestimmten Namen und tat es ihr immer ordentlich wehe, wenn dann im Frühjahr der Viehhändler fast alle ihre Pfleglinge fortholte.

So stand denn Bertha an einem Sonntag-Nachmittag im November vor dem großen Kübel auf dem Hofe und stampfte das Futter für die Schweine zurecht. Trotz der bereits herrschenden Kälte hatte sie die Aermel hoch emporgekrempelt, so daß die vollen und dabei doch ebenmäßigen Arme fast eine blaue Färbung angenommen hatten. Die Röcke etwas hochgeschürzt stampfte sie unverdrossen drauf los. Im Rücken hatte sie das Wohnhaus, so daß sie nicht gewahren konnte, wie mit eigenartigen Blicken der Bauer, der am Fenster stand, ihre ganze volle Gestalt musterte.

Jetzt kam die Bäuerin mit einem Kübel heißen Wassers aus der Küche, um davon ab und zu einen Teil zu dem gestampften Futter hinzuzuschütten.

Wie die beiden Frauen so nebeneinander standen, stellte der Bauer bei sich darüber Vergleiche an, weshalb denn nicht die Jüngere, die Bertha, die Bäuerin sein könnte.

„Schön, schön", murmelte er vor sich hin, „was für'n Schick das Mädel kriegt. Donnerwetter, wo is für ein Paar Hacken! Und die drallen Waden! Hat sich in letzter Zeit mächtig rausgemacht. Was meinst, Bauer, das wär was für dich!" Und dabei schnalzte er so laut mit der Zunge, daß er sich erschreckt umsah, ob ihn nicht jemand gehört habe.

Seine Augen blieben nun wie gebannt an der Gestalt seiner Magd hängen. Mit heißen Blicken verschlang er jede ihrer Bewegungen. Die kleinen Augen nahmen einen verdächtigen rötlichen Schimmer an.

Er trat zurück vom Fenster und bedeckte zitternd die brennenden Augen mit der Hand. Er wollte nichts mehr von dem sehen, was ihm da seine erregte Phantasie vorgaukelte.

Aber wie von einer magischen Gewalt getrieben, sank seine Hand wieder herab und genoß nun voll und ganz den Anblick von der begehrenswerten jugendlichen Gestalt seiner Magd.

Das Futter war nun fertig gestampft. Die beiden Frauen hoben den gefüllten, noch dampfenden Kübel empor, um ihn nach dem Schweinestall zu tragen. Doch ehe die Bäuerin sich zum Gehen anschickte, warf sie noch einen Blick zurück nach dem Fenster, an dem der Bauer stand. Als sie ihn aber so dastehen sah, die roten, glänzenden Augen unverwandt auf die Magd gerichtet, lief ein Zittern durch ihren Körper, so daß Bertha ängstlich fragte: „Friert Euch, Bäuerin?" Diese nickte nur und sagte: „Es muß wohl so sein, komm nur."

Wiederholt mußte die Bäuerin den Kübel absetzen, ehe sie am Stall anlangte. Dann ging sie langsam dem Wohnhause zu. Ihr war es plötzlich klar geworden, daß die gefürchtete Krankheit beim Bauern wieder im Anzuge war. Das war dann immer eine aufregende, böse Zeit für sie.

Wie sie so langsam dahinschritt sah Bertha ihr kopfschüttelnd nach. Sie konnte nicht begreifen, was so plötzlich in die Bäuerin gefahren war. Dann ging sie aber rüstig an ihre Arbeit und hatte bald genug zu tun, um sich der zudringlichen Liebkosungen ihrer Borstentiere zu entziehen.

Der Abend brach frühzeitig herein und der Bauer zog seinen Sonntagsstaat an, um den altgewohnten Gang nach dem Wirtshaus anzutreten. Die Bäuerin ermahnte ihn noch mehrmals, nicht zuviel zu trinken und bald nach Hause zu kommen.

„Na ja, brauchst keine Angst zu haben", meinte er trocken. „Hab' ich immer noch selber den Heimweg gefunden, werd' ihn wohl heut' denn auch noch finden."

„Ja, das mein ich nicht, Bauer", versetzte sie etwas gedrückt. „Ich mein, daß — daß —"

„Na, was meinst denn, he? fragte er gereizt.

„Daß Dir vielleicht unterwegs ein Unglück zustoßen könnt!" sagte sie, ängstlich zu ihm aufsehend.

Er lachte laut auf. „Mir ein Unglück zustoßen? Nee Weib, mir sicht nichts an."

Er setzte einen Hut auf und seiner Frau kurz zunickend, verließ er mit [illegible] Schritten dann den Hof. (Forts. folgt.)

... Kolonialpolitik wird ... dann an dem Beispiel von — man staune — den Vereinigten Staaten nachgewiesen. Zwar habe sich die Union von England losgelöst, aber der Segen der englischen Kolonialpolitik sei doch für England geblieben, denn es führe fast für eine halbe Milliarde auch jetzt nach Nordamerika aus. Mutter Weber hätte gescheit genug sein sollen, den kolonialfiebrigen Jungen schleunigst eine gehörige Dosis Chinin zu verordnen, und ihnen, wenn sie etwas zu sich gekommen, verraten sollen, daß die Ausfuhr Englands nach Deutschland beinahe eine Milliarde beträgt, obwohl Deutschland niemals die Kolonie von England gewesen ist. Und die Kolonialskandale? Auch davon haben die frischen deutschen Jungens gehört. Die fremden [illegible] haben viel mehr Scheußlichkeiten begangen. Leider [illegible] sind auch bei uns vorgekommen, aber natürlich nur in einzelnen Fällen. Einer von den Kolonialsachverständigen, die Mutter Weber durchaus tot reden wollen, „Herr Finke“, sagt klug: „Wir wollen Verfehlungen von unseren Beamten gewiß in keiner Weise beschönigen; im Gegenteil! Nach deutscher Auffassung muß jedes Verbrechen streng bestraft werden!“ Herr Finke ist also vaterlandslos genug, unserer gegenwärtigen Regierung nachzusagen, sie hätte keine deutsche Auffassung, denn sie hat nicht die Verbrechen, die sie kannte, streng bestraft, sondern vielmehr die Beamten, welche die Verbrechen aufdeckten.

Es gibt aber auch einen ganz zwingenden Beweis für den Wert von Südwestafrika. Der liegt darin, daß — Hongkong eine ganz prächtige Kolonie ist, mit Wiesen, Parks, Drahtseilbahn, lauter Villen und schönen Gärten. Das, was die Engländer aus Hongkong gemacht haben, können die Deutschen auch aus Südwestafrika machen. Wer sagt denn, daß die Deutschen nicht kolonisieren können? Sie verstehen es vorzüglich. Beweis: Oesterreich! Oesterreich ist eine Kolonie der Bayern, „das ist ein Großstaat in der Kolonisation.“ Gibt es ein schlagenderes Argument? Südwestafrika ist eine zukunftsreiche Kolonie und kann von den Deutschen kultiviert werden, weil sie ja auch Europa kolonisiert haben. „Haben nicht auch“, so heißt es wörtlich und stockernst, „unsere Vorfahren aus der Mark Brandenburg, der berüchtigten Sandstreubüchse des früheren Deutschen Reiches, ein Land gemacht, aus dem wirklich etwas geworden ist. Es kommt in erster Linie darauf an, ob man den festen Willen hat, etwas zu erreichen; denn der zielbewußte Mensch kann viel fertig bringen.“

Schließlich wird noch nachgewiesen, daß von den 300 Millionen Mark, die wir für Südwestafrika haben ausgeben müssen, das meiste hätte erspart werden können, wenn wir zur rechten Zeit 10 oder 20 Millionen für Bahnen ausgegeben hätten. „Nun ist der Wohlstand unserer Kolonie, der sich so hoffnungsreich entwickelte, auf lange Zeit vernichtet. Die Hereros, die wir als Arbeitskräfte gut gebrauchen können, sind auf ein Drittel zusammengeschmolzen, und unsere braven Söhne haben die Kurzsichtigkeit ihrer Eltern jämmerlich büßen müssen.“ Also weil die Mehrheit des Reichstages im Frühjahr vorigen Jahres, nachdem die 300 Millionen längst ausgegeben waren, und die braven Söhne ihre Freiwilligkeit, nach Afrika zu gehen, bereits jämmerlich gebüßt hatten, eine Bahnstrecke verweigert hat, darum ist alles verloren. Unser Kolonialwüterich versucht sogar, die deutschen Söhne gegen die deutschen Eltern aufzureizen, sofern sie Gewissen genug besessen haben, endlich der kolonialen Schandwirtschaft ein Ende zu bereiten.

Zum Schluß aber geht es mit Volldampf heraus in die blaueste Weltpolitik. „Wir Deutschen haben in Südwestafrika bleiben dürfen, weil wir die Edleren und Vorwärtsstrebenden sind. Diesem schwarzen Volk gegenüber will das ja nicht viel bedeuten. Nein, wir müssen dafür sorgen, daß wir von allen Völkern der Erde die Besseren und Tüchtigeren werden. Dem Tüchtigeren, dem Frischeren gehört die Welt, das ist Gottes Gerechtigkeit.“ Dieser Kolonial[illegible], der immer noch nicht genug Chinin genossen hat, will alle behaupten, daß die edlere Rasse der [illegible] und [illegible] der [illegible] und [illegible], der [illegible] über die paar armseligen Schwarzen [illegible] edleren Art [illegible]. Das [illegible] der Deutschen aber soll [illegible] aus der ganzen Welt ein deutsches [illegible] zu machen, und alle Völker der Erde — wie [illegible] und [illegible] — zu [illegible]. [illegible] Den Ausländer [illegible] man [illegible] zu [illegible]. [illegible] müssen, daß in den höheren Kreisen [illegible] ausgesprochen ist, [illegible] [illegible] und [illegible] den [illegible] [illegible] 1. Januar eine Beilage [illegible] [illegible]

## Politische Uebersicht.

### Ich, der groß General ...

[illegible]

[illegible] Generalversammlung [illegible] General [illegible] Trotha [illegible] [illegible] Kolonialamt [illegible] [illegible] in Südwestafrika [illegible]

(ihm jetzt sehr peinliche) Proklamation anschlagen ließ, wonach er für jeden Herero, der lebend oder tot eingebracht würde, eine Geldprämie zahle, und wonach ferner auf fliehende (!) Weiber und Kinder scharf geschossen werden solle. Also eine Aufforderung zum gemeinsten Massenmord!

Der Freisinn ist dieses Wahlmachers würdig!

**Was wird dabei herauskommen?** Die Berliner „B. N. N.“ melden: Der Kaiser hat sechs preußische Offiziere beauftragt, auf seine Kosten eine mehrmonatliche Reise durch die Vereinigten Staaten zu unternehmen. Es sollen für diese Offiziere keinerlei militärische Gesichtspunkte in Frage kommen, sondern sie haben nur Land und Leute kennen zu lernen. Die Abreise dürfte noch in diesem Monat stattfinden.

Von dieser Privatveranstaltung Wilhelms II. würde das deutsche Volk auch dann nichts profitieren, wenn die [illegible] Offiziere den Auftrag hätten, die amerikanische Freiheit und die Unmöglichkeit preußischer Schneidigkeit in Amerika zu studieren.

**Ein Opfer des § 166.** In Berlin mußte sich Sonnabend der fast 60 jährige Schriftsteller Albert Störmer wegen Gotteslästerung vor der I. Strafkammer des Landgerichts II verantworten. Der Angeklagte ist früher Kapitän in der Handelsmarine gewesen und viel in der Welt herumgekommen. Seit mehreren Jahren hat er sich in den Ruhestand zurückgezogen und sich hauptsächlich dem Gebiete der Theosophie gewidmet. Eine öffentliche Volksversammlung im August v. J., in der der Angeklagte als Redner auftrat, fiel der Auflösung durch die überwachenden Gendarmen anheim, weil sich der Angeklagte nach Ansicht dieser Beamten in seinen Ausführungen der Gotteslästerung schuldig gemacht hatte. Der Angeklagte bestritt unter Berufung auf den Leiter der Versammlung die Richtigkeit der von den Gendarmen gemachten „Aufzeichnungen“. Der Staatsanwalt hielt aber doch die Schuld des Angeklagten für erwiesen und beantragte vier Monate Gefängnis. Der Gerichtshof nahm zwar Gotteslästerung, nicht aber Beschimpfung einer Einrichtung der christlichen Kirche für vorliegend an und erkannte tatsächlich auf zwei Monate Gefängnis. Die Gendarmen-Aufzeichnungen haben also auch hier den Sieg davongetragen, obwohl man sich nichts — Unglaublicheres vorstellen kann als einen ollen Haudegen von Gendarmen, der mit schwerer Hand einen theosophischen Vortrag nachschreibt.

**Es ist „alles in Butter“.** Aus Berlin wird gemeldet: Das Strafverfahren gegen den Geheimen expedierenden Sekretär Schneider und den Geheimen Sekretariatsassistenten Götz von der Kolonialabteilung wegen Verletzung der Amtsverschwiegenheit durch angebliche Auslieferung von geheimen Aktenstücken an den Abgeordneten Erzberger ist vom Landgericht I Berlin eingestellt, und es ist infolgedessen die Suspension vom Amte, die über die beiden Beamten verhängt war, vom Reichskanzler beziehungsweise dem Direktor der Kolonialabteilung aufgehoben worden. Die beiden Beamten, die durch die siebenmonatige Untersuchung sehr gelitten haben, sind gegenwärtig schwer erkrankt.

**Die „Beglückung“ Westfalens.** Großes Heil widerfährt den Einwohnern der „roten Erde“. Dort wird nämlich mit der Einführung der königlichen Polizei am 1. April oder spätestens 1. Juli begonnen werden. Zunächst erhält der Bezirk Gelsenkirchen-Wattenscheid-Eickel-Wanne eine solche Polizei. Nach Gelsenkirchen kommt ein Polizeipräsident, nach den anderen Orten ein Polizeiinspektor. Die vorhandenen Polizeiorgane werden in den Staatsdienst übernommen.

Daran denkt der Staat. Von einer Staatshilfe aber für die westfälischen Opfer der [illegible]-Explosion bei Hamm [illegible]

**Deutschlands Stärke gegen Wehrlose!** Aus Berlin wird uns [illegible]:

Die „Welt am Montag“ berichtet über neue Ausweisungen von Ausländern. So ist z. B. ein russischer Staatsangehöriger, Herr [illegible], welcher seit dreizehn Jahren ein Tuchgeschäft betrieb, als „lästiger Ausländer“ ausgewiesen worden. [illegible]

**[illegible]** Die „Deutsche Tageszeitung“ [illegible] Dr. Karl Peters [illegible]

[illegible]

[illegible] Nachrichten

[illegible]

## Ausland.

**Meuterei französischer Gardisten.** Aus Paris meldet uns ein Telegramm: Die 1. und 2. Kompagnie der Pariser republikanischen Garde veranstaltete im Hofe der Kaserne Heinrich IV. eine lärmende Kundgebung gegen ihre Offiziere. Sie sangen die Internationale trotz der Ermahnung des Offizierstellvertreters fort, in der Kantine über den Hungersold und Ueberlastung zu lärmen. Diese besonders überraschende Kundgebung der republikanischen Garde, eines Milizkorps, dauerte zwei Stunden. Ein Offizier ersuchte die Soldaten, ihre Wünsche in ruhigem Tone vorzubringen und erstattete [illegible] Bericht an das Stabskommando.

* * *

**Ein russisch-römisches Abkommen.** Wie uns aus Rom gemeldet wird, ist zwischen Rußland und dem Vatikan ein Abkommen unterzeichnet worden, wonach in Zukunft in den katholischen Kirchen Polens die polnische, in denen Litauens die lettische Sprache gebraucht werden soll.

## Russische Revolution.

### Bestrafte Neugier von Polizisten und Kosaken.

Jekaterinoslaw, 7. Januar. In einer leeren Wohnung explodierte hier eine Bombe. Die Polizei stellte eine Haussuchung an, fand noch zwei ebensolche Sprengapparate und schaffte sie in einen besonderen Raum, wo sie gesprengt werden sollten. Nachmittags erschienen drei Kosakenoffiziere und baten, man möge ihnen die Bombe zeigen; als nun ein Offizier eine Bombe aufhob, erfolgten zwei Explosionen, durch welche die drei Offiziere und ein Schutzmann getötet und ein Polizeioffizier schwer verwundet wurden.

## Partei-Angelegenheiten.

**Das Handbuch für sozialdemokratische Wähler** ist im Verlage der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, Lindenstr. 69, erschienen. Es ist durch sämtliche Parteibuchhandlungen zum Preise von 2 Mk. für das gebundene, 1.50 Mk. für das broschierte Exemplar zu beziehen. — Aus dem Inhalt heben wir hervor: Die Armee und ihr Budget. — Die Kolonialpolitik. — Die Reichsfinanzwirtschaft. — Die Besteuerung des Branntweins — Sozialpolitik und Arbeiterversicherung. — Bergarbeitergesetzgebung. — Landarbeiter. — Justizwesen. — Handelsverträge. — Die Parteien des Reichstages. — Das Reichstagswahlrecht. — Winke für die Agitation.

**Vom Fortschritt der Presse.** Auch der Braunschweiger „Volksfreund“ hat zum 1. Januar, da er in ein neues stattliches Heim übergesiedelt ist, neues Gewand angelegt und seinen Umfang vergrößert. Genosse Wilhelm Blos erzählt in einem Rückblick „Nach 36 Jahren“ den Lesern Erinnerungen aus den ersten Jahren des Braunschweiger Parteiblattes!

**Die gegenwärtige Wahlbewegung** wird von unseren Nürnberger Genossen mit einer umfassenden Agitation für die Parteipresse verbunden. Am Sonntag Vormittag wurde eine Agitationsnummer der „Fränkischen Tagespost“, die darauf zugeschnitten war, daß sie zugleich auch das erste Wahlflugblatt ersetzen konnte, im Wahlkreise Nürnberg-Altdorf in 90,000 Exemplaren verbreitet.

**Genosse Emil Vandervelde,** der Führer der belgischen Genossen, der in der letzten Zeit bekanntlich schwer erkrankt war, hat sich, wie man uns schreibt, zur Wiederherstellung seiner Gesundheit nach Wiesbaden begeben und denkt dort Zeit genug zu finden, sein neues Buch über die Landfrage zu beendigen.

## Arbeiterbewegung.

**Das neue Programm der Hirsch-Duncker-Vereine.** Die Hirsch-Duncker'schen Gewerkvereine werden zu Pfingsten einen neuen Verbandstag abhalten, um ein neues Programm zu beraten. Der Zentralrat hat einen neuen Entwurf abgefaßt, in dem es heißt:

„Die deutschen Gewerkvereine erstreben:

1. fortschreitende Verbesserung der Arbeitsverhältnisse, insbesondere des Lohnes und der Arbeitszeit durch Vereinbarung zwischen beiden Produktionsfaktoren, Abschließung von Tarifverträgen erforderlichenfalls aber auch durch das gesetzlich zulässige Mittel der Arbeitseinstellung;

2. wirksamen Schutz für Leben, Gesundheit und Sittlichkeit für alle Arbeiter und Arbeiterinnen, sowie für die im Handelsgewerbe Angestellten;

3. angemessene Vertretung der im Arbeitsverhältnis stehenden Personen gegenüber den Unternehmern und dem Staate;

4. Einführung neuer und Weiterausbau von Unterstützungseinrichtungen für die Mitglieder, möglichst durch genossenschaftliche Selbsthilfe gefördert durch staatlichen Schutz und Anerkennung;

5. Gewinnung eines größeren Einflusses auf alle öffentlichen Angelegenheiten des Staates und der Gemeinde.“

Daß die Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine eine Verbesserung der Arbeitsverhältnisse in Bezug auf Lohn und Arbeitszeit [illegible] von Tarifverträgen, eventuell durch das gesetzlich zulässige Mittel der Arbeitseinstellung erstreben, ist nichts [illegible], ob sie es aber in Wirklichkeit durchführen können, ist eine andere Sache. Wir oft haben wir es schon erlebt, daß überall da, wo [illegible] Gewerkschaften sich im Kampfe um Erlangung besserer Arbeitsverhältnisse befanden, sich die Hirsche [illegible] erwiesen haben. Bekannt wird den Lesern [illegible] der [illegible] der großen Breslauer [illegible] im Frühjahr des vergangenen Jahres [illegible]

[illegible] Arbeiter, wenn sie sich das Programm [illegible] und durch Eintritt in [illegible] Unternehmergelüste bieten.

**Die ausgesperrten Automobilführer** versammelten sich am [illegible] im Gewerkschaftshause, um über die gegenwärtige Lage [illegible]. Nach der Darstellung des Referenten haben [illegible] Betriebe [illegible], darunter sind 10 größere [illegible] 10 [illegible] beschäftigen. [illegible] ausgesperrt [illegible] (mit 271 Frauen und 407 Kindern). [illegible] nicht an der Aussperrung beteiligt haben, werden [illegible] beschäftigt. Der Streik der Automobilführer erhält durch die solidarische Teilnahme der Pferdeomnibuskutscher und des Metallarbeiter-Verbandes eine ernstere Wendung.

**Dresden,** [illegible] Januar. 1000 Wirk- und Stricknadel-Arbeiter im Erzgebirge sind in eine Lohnbewegung [illegible].

**Die [illegible] Zeitungssetzer** haben durchgesetzt, daß Montags keine Zeitungen erscheinen. Sie haben weiter beschlossen, sofort in den Streik zu treten, falls irgend ein Zeitungsverleger am Montag Vormittag ein Blatt herausbringen will.

**Generalstreik in Lodz** [illegible]. Die Arbeiter in Lodz [illegible], falls die Fabrikbesitzer die Aussperrung nicht aufheben, den General-Streik zu proklamieren. Die Lage ist außerordentlich ernst.

**Aufstand der Hafenarbeiter in Odessa.** Der Aufstand der [illegible] und der Dampfermatrosen dauert unverändert fort. [illegible] des Verbandes des russischen Volkes eine Anzahl von Streikbrechern gestellt hat, sind die Aussichten für baldige Einigung der [illegible].

**[illegible] Petersburger Arbeiter.** Wie gemeldet wird, hat der Petersburger Arbeitsminister den Bau(?) [illegible] Arbeitslose an einem Eisenbahnbau [illegible]

# Arbeiter! Veranlaßt eure Eintragung in die Gewerbegerichtswählerlisten!

nach Kanada zu senden, abgelehnt, da er hierin den Versuch erblickte, den Arbeitslohn der amerikanischen Arbeiter durch die billigen russischen Arbeitskräfte zu drücken. Wie jetzt die Zeitung „Rietsch" mitteilt, haben auch die Moskauer Arbeitslosen den ostpreußischen Vorschlag abgelehnt und so ein übriges Mal die internationale Solidarität der Arbeiter bestätigt.

## Breslauer Nachrichten.

Breslau, 7. Januar.

**Der Umfall der „Breslauer Morgenzeitung"** in der Frage der Hatzfeld'schen Kaffernkandidatur ist ein so unglaublicher, daß wir ihn gerade bei diesem Blatte in der Form für unmöglich gehalten hätten. Wenn das Blatt, weil es mit seiner früheren gegnerischen Ansicht in der Minorität geblieben ist, sich der Majorität ihrer Parteileitung gefügt hat, so kann man das allenfalls noch verstehen, wenn wir auch der Meinung sind, daß in Lebensfragen, und um eine solche handelt es sich ja bei der bevorstehenden Wahl für den Freisinn nach der Ansicht seiner Anhänger selbst, nicht selten es besser ist, auf der eigenen Meinung — und sei es wie Eigenbrödler — zu beharren als dem starren Majoritätsprinzip sich zu fügen. Nun aber auch noch mit krampfhaftem Bemühen Gründe zusammenzutragen, die die früher bekämpfte Unterstützung der Reaktion durch den Freisinn rechtfertigen sollen, das ist allerdings der Gipfel der Selbstentmannung. Und was sind das für Gründe! Sie bewegen sich ganz im Stile der sattsam bekannten Oehlkeschen Beweisführung. Wir Sozialdemokraten sind nämlich schuld daran, daß die Freisinnigen gezwungen sind, der Reaktion die Schleppe zu tragen.

Doch schließlich, was schiert es uns? Ueberlassen wir die „Morgen-Zeitung" ihrem Schicksal. Auch sie geht eben den Weg, den der gesamte Liberalismus gehen muß.

* **Mitglieder der Distrikte 1 und 2 (Gabitz und Sauerbrunnen)!** Zur Besprechung der Wahlarbeiten findet Donnerstag, 10. Januar, Abends 8 Uhr im kleinen Saale von Bräuer, Gabitzstraße 22, eine große Zusammenkunft aller Mitglieder statt, zu der alle Distriktsgenossen dringend eingeladen werden. Alle müssen erscheinen! Der Wahlkampf ist entbrannt. Die Gegner haben sich vereinigt und stellen dem Genossen Bernstein nur einen Kandidaten gegenüber; sie machen verzweifelte Anstrengungen. Da heißt es auch für uns: Heran zur Wahlarbeit! Keiner darf zurückbleiben, der nicht durch Krankheit oder andere stichhaltige Gründe abgehalten wird. Denken wir nicht, daß uns der Westen in jedem Falle sicher ist. Wir siegen nur dann, wenn Jeder auf dem Posten steht. Viel wird von Keinem verlangt; darum sei ein Jeder zur Stelle!

* **Eine Erdbebenwarte in Breslau.** Bei unserem südlichen Vororte Krietern, und zwar in der Nähe der dortigen Gemeindeschule, ersteht zur Zeit ein durch sein steilaufragendes Dach auffallender Neubau. Es ist die neue königliche Erdbebenwarte Breslaus. Das Gebäude wird neben den Wohnräumen für den Leiter der Warte die Bureauräume, sowie Arbeitsstätten für geophysikalische Untersuchungen aller Art, insbesondere für solche, die mit der Erdbebenforschung selbst zusammenhängen, enthalten. Ein schlanker Turm aus eisernem Fachwerk ist bestimmt zur Vornahme meteorologischer Beobachtungen, insbesondere über die Richtung und Stärkung des Windes, welche mit gewissen Erschütterungen des Erdbodens in engem Zusammenhange stehen. Das Hauptgebäude der Erdbebenwarte — ein ganz in die Erde versenkter Kasten aus eisenarmiertem Beton — wird im Laufe des kommenden Frühjahres zwischen diesem Wohngebäude und der Gemeindeschule seinen Platz finden. In demselben wird ein vollständiger Satz von Erdbebenpendeln aufgestellt, sodaß in Zukunft in Krietern Erdbebenkatastrophen, wie z. B. diejenigen von San Francisco oder Valparaiso in genauester und ausführlichster Weise beobachtet und aufgezeichnet werden können.

Es sei bemerkt, daß nach den auf andern Stationen gesammelten Erfahrungen in Krietern im Jahre durchschnittlich wenigstens 100 eigentliche Erdbeben zur Beobachtung kommen dürften; das verflossene Jahr hätte eine weit höhere Ausbeute geliefert. Die erste Hauptaufgabe der Warte wird die genaue seismische Durchforschung des Sudetenlandes sein. Deshalb wird sich ihr eine Anzahl von Nebenstationen angliedern, als deren erste diejenige zu Görlitz zur Ausführung kommen dürfte.

Neben dem Studium dieser natürlichen Bodenbewegungen soll die systematische Erforschung künstlicher Erschütterungen des Erdbodens und der Luft durch Sprengungen, den Verkehr, die Industrie usw. die zweite Hauptaufgabe der neuen Anstalt sein. Die Nähe des industriereichen Breslau, vor allem aber die leichte Erreichbarkeit des oberschlesischen Industriebezirkes wird Arbeiten gerade auf diesem Gebiete sehr erleichtern und denselben auch praktisch wichtige Erfolge sichern.

Einen ersten Schritt auf diesem letzteren Wege bedeuten die Erhebungen über die Fernwirkungen der Roburitexplosionen in Annen, die, mit den Mitteln der Warte zurzeit von dem Leiter derselben, Privatdozent Dr. von dem Borne angestellt werden.

* **Stadt-Theater.** Am Montag erfolgt die 6 Aufführung von Graf Geza Zichys Oper „Nemo" mit Herrn Günther Braun in der Titelpartie. Am Dienstag setzt Frau Sigrid Arnoldson ihr erfolgreiches Gastspiel als Julie in Gounods Oper „Romeo und Julie" fort. Am Mittwoch wird Richard Strauß' Musikdrama „Salome" mit Frau Perbunk wiederholt. (Anfang 8 Uhr) Am Donnerstag beendet Frau Sigrid Arnoldson ihr erfolgreiches Gastspiel als Violetta in Verdis Oper „Traviata". Für Freitag wird Donizettis komische Oper „Don Pasquale" in der neuen Bearbeitung von Otto Julius Bierbaum und Dr. W. Klefeld vorbereitet. Den Abend beschließt das Ballet-Divertissement „Die Puppenfee". Am Sonnabende folgt Mascagnis Oper „Cavalleria rusticana" in Verbindung mit Leoncavallos Oper „Bajazzi".

* **Thalia-Theater.** Als 6. Volksvorstellung der laufenden Serie wird Schönthans und Koppel-Ellfelds Verlustspiel „Renaissance" am Donnerstag für Gruppe E und am Freitag für Gruppe F gegeben. An der Abendkasse sind Billets zu haben. Die Ausgabe der Billets für die neuen Gruppen G und H findet täglich von 10 bis 2 Uhr (Sonntags von 11–1 Uhr in der Kanzlei des Stadt-Theaters statt.

* **Breslauer Schauspielhaus.** Montag wird zum 13. Male die Ausstattungsoperette „Schützenliesel" in Szene gehen.

* **Unfall.** Am 24. v. Mts. Nachmittags gegen 4 Uhr wurde auf der Ohlauerstraße, Ecke Schuhbrücke, ein Mann durch eine Automobildroschke angefahren. Augenzeugen dieses Vorfalles werden ersucht, sich im Zimmer Nr. 62 des Polizeipräsidiums zu melden.

* **Feuer.** In letzter Nacht gegen 1½ Uhr die wurde Feuerwehr nach Taschenstraße 26 gerufen, wo im 3. Stock eines Neubaues die Balkenlage in Brand geraten war.

* **Unglücksfälle.** Ein 6 Jahre alter Knabe aus Maria-Höfchen stürzte von einem Stuhl und brach das rechte Fußgelenk. Einem Arbeiter wurde in einer Schuhfabrik durch eine Maschine ein Finger der linken Hand zermalmt. — Ein Ziegelsetzer wurde durch einen Lastwagen überfahren, wobei ihm beide Unterschenkel gebrochen wurden. — Ein Maurer kam durch Ausgleiten zu Fall und trug einen Armbruch davon. — Ein Kutscher geriet auf dem Hauptbahnhof mit dem rechten Arm in die Kette, mit welcher ein Pferd einen Eisenbahnwagen zog und erlitt einen Bruch dieses Armes. — Einem Malergesellen sprang gelegentlich einer Treibjagd ein Reh ins Gesicht, wobei ihm das Nasenbein zertrümmert wurde. — Ein Maurer aus Tschechnitz stürzte infolge eines Schwindelanfalles vom Wagen und erlitt einen Bruch der Wirbelsäule. Die Verunglückten fanden im Krankenhause der Barmherzigen Brüder Aufnahme.

* **Aufgefundene Leichen.** In der Nacht von Freitag zu Sonnabend fand ein Wächter der Wach- und Schließgesellschaft auf der Treppe eines Grundstückes der Hinterhäuser die Leiche eines Mannes vor. Er machte der Polizei Meldung, welche für die Fortschaffung der Leiche sorgte. — In der Nacht zum 5. d. M. wurde ein Handelsmann in dem Haus Hinterhäuser 12/13 am Fuß der Treppe tot aufgefunden. Die tödlichen Verletzungen dürfte er sich durch einen Sturz von der Treppe zugezogen haben.

* **In das Polizeigefängnis** wurden am 4. d. M. 33 Personen eingeliefert.

* **Gefunden** wurden: eine Reisedecke, ein Trauring, ein Manlkorb, ein Karten mit Strohhüten, ein goldenes Kettenarmband, eine goldene und eine silberne Damenuhr.

* **Zugelaufen** ist ein schottischer Schäferhund.

* **Abhanden** kamen: eine goldene Brosche mit einem Brillanten, ein Pincenez, eine Spannrolle und ein Schirm.

**Gestohlen** wurden: Einer Dame beim Besteigen eines Straßenbahnwagens aus der Handtasche ein Portemonnaie mit 19.30 Mark. — Aus Schulhäusern ein brauner Knabenüberzieher mit Biberkragen, eine blaue Mädchenmütze und ein blauer Mädchenmantel. — Einer Posamentierwarenhändlerin auf der Alsenstraße von der Ladentür zwei Taschen. — Einem Monteur von der Kätzelohle ein Fahrrad „Stahlrad". — Aus einer Wohnung auf der Wassergasse 4 Mark, sieben Pfandscheine, vier Uhrketten und ein silbernes Medaillon. — Von einem Rollwagen ein Ballen Baumwollwaren, gezeichnet S. S. 1883. — Vor mehreren Wochen war, wie berichtet, die Schaufensterscheibe in dem Geschäft des Uhrenhändlers Klein auf der Kupferschmiedestraße eingeschlagen worden. Der Täter hatte dann mehrere Herren- und Damenuhren gestohlen. Derselbe Vorfall hat sich nun in der Nacht zum 5. d. Mts. wiederum ereignet, indem das Schaufenster nach Zertrümmerung der Scheibe eines Teiles der darin ausliegenden Uhren beraubt wurde.

## Versammlungen und Vereine.

* **Handlungsgehilfen.** Der Zentralverband der Handlungsgehilfen und -Gehilfinnen hielt kürzlich in den Union-Festsälen seine diesjährige Generalversammlung ab. Den Jahresbericht gab Gaßmann, der konstatieren konnte, daß die Organisation auch im vergangenen Jahre einen lebhaften Aufschwung genommen habe. Zahlreiche Versammlungen und Sitzungen seien abgehalten worden, die von der regen Tätigkeit Zeugnis ablegen. Er gedachte dann noch der Erfolge, die für die Angestellten der Firma Messow u. Walbschmidt erreicht worden seien und fordert die Mitglieder auf, dem Vorstande auch fernerhin hilfreich zur Hand zu gehen. Gewählt wurden als 1. Vorsitzender Tockus, Neue Graupenstraße 5/6, als 2. Gaßmann, als Beisitzer Petrich, als Schriftführer Herz und Ollendorf. Nachdem noch die Wahl der sonstigen Verbands-Funktionäre vollzogen worden war, erfolgte Schluß der gutbesuchten Versammlung.

## Aus Schlesien und Posen.

### Unternehmerpraktiken.

In welcher Weise die Unternehmer versuchen, die Arbeiter um das ihnen gesetzlich gewährleistete Koalitionsrecht sowie um das Wenige, das ihnen die Arbeiterschutzgesetze gewährleisten zu prellen, dafür liefert die Schlesische Kleinbahn-Aktien-Gesellschaft zu Kattowitz ein Beispiel. Hatte da vor kurzem ein Werkstattarbeiter einen gewerblichen Rechtsstreit mit genanntem Betriebe auszufechten. In dem seitens des Kattowitzer Gewerbegerichts anberaumten Termin wurde von dem Vertreter der Gesellschaft die Zuständigkeit des Gewerbegerichts bestritten. Das Gewerbegericht schloß sich diesem Antrage an, und verwies den Kläger an das Amtsgericht. In dem von diesem anberaumten Termin erhob der gegnerische Rechtsanwalt wieder den Einwand der Unzuständigkeit des Amtsgerichts. Das Amtsgericht verwies hierauf wieder den Kläger an das Gewerbegericht. Und nun wiederholte sich das Spiel. Die Zuständigkeit des Gewerbegerichts wurde von dem Vertreter der Gesellschaft abermals angefochten! .... Nun aber zog dieser Trik nicht mehr. Das Gewerbegericht erklärte sich nach kurzer Beratung für zuständig und sollte zur Verhandlung geschritten werden. Jetzt erbob aber der Vertreter der Gesellschaft den Einwand, er sei nicht genügend informiert, und stellte den Antrag auf Vertagung und Zeugenvernehmung. Diesem Antrag wurde stattgegeben und im nächsten Termin, nach Vernehmung von einem halben Dutzend gegnerischer Zeugen, die Klage abgewiesen. Durch diesen Versuch, den Arbeiter um sein Recht zu bringen, war der Streit also von Anfang Juli bis Ende Oktober hingezogen worden. Ein fernerer Versuch, die Arbeiter zu prellen, zeigt ein Vertrag, der uns in die Hände geraten ist und dessen § 3 lautet:

„Etwaige Streitigkeiten, welche sich aus diesem Vertrage, den Akkordbedingungen, den Bedingungen für die Ausbildung, den Dienstanweisungen usw. ergeben sollten, sind nicht durch die ordentlichen Gerichte, sondern durch ein Schiedsgericht im Sinne der Bestimmungen der Zivilprozeßordnung für das Deutsche Reich zu entscheiden. Das Schiedsgericht besteht aus einem beamteten Land- oder Amtsrichter und einem Gewerbeinspektor im Oberschlesischen Industriebezirk, welche beide von der Schlesischen Kleinbahn-Aktiengesellschaft erwählt werden. Können die beiden Schiedsrichter sich über die Entscheidung nicht einigen, so haben sie einen Obmann zu wählen. Einigen sie sich auch nicht über die Person des Obmannes, so ist derselbe auf Antrag von einer Partei durch das Amtsgericht zu Kattowitz OS. zu bestimmen."

Also auch hier, wie in dem Streit vor dem Gewerbegericht das Bestreben, dem Arbeiter den ordentlichen Klageweg abzuschneiden. Doch an diesem Vertrage, der die Angestellten der Oberschlesischen Kleinbahn Aktien-Gesellschaft rechtlos machen will, ist es noch nicht genug. Vor kurzem wurde derselben folgender Revers zur Unterschrift vorgelegt:

„Ich verpflichte mich, dem Zentralverband der Handels- und Transportarbeiter nicht beizutreten. Sollte mir aber dennoch nachgewiesen, daß ich trotzdem dem Verband beigetreten bin, so werde ich ohne Einspruch zu erheben, sofort kündigungslos entlassen."

Was will man mehr! Auf diese Art wird den Arbeitern das Koalitionsrecht „gesichert". Wie notwendig es aber ist, daß die Straßenbahn-Angestellten sich zusammenschließen, zeigt unter anderem die allerneueste Bestimmung, durch welche dieselben um ihre dienstfreien Tage gebracht werden. Sie zu nämlich bestimmt worden durch Anschlag, daß die Straßenbahner an ihren dienstfreien Tagen mindestens mehrmal zur Instruktion zu erscheinen haben, ohne dafür Extraentschädigung zu erhalten. Bei Nichterscheinen tritt eine Strafe von 10 Mark sowie ein Gehaltsverlust von 5 Mark ein! Also 15 Mark Strafe, wenn der Straßenbahner seinen freien Tag, der ihm doch vom Gesetz gewährleistet wird, für sich benützen will.

Hoffentlich tragen aber gerade solche Bestimmungen dazu bei, um den noch Indifferenten unter den Straßenbahnern der Oberschlesischen Kleinbahn die Augen zu öffnen und sie ohne Ausnahme in dem verhöhnten Transport-Arbeiter-Verband zu vereinigen.

—d. **Brieg**, 7. Januar. Soldatenarbeit und die zweijährige Dienstzeit. Es ist noch gar nicht lange her, wo wir berichteten, daß man Soldaten als Hausknechte und Anstreicher beschäftigt hatte, und schon können wir wieder einen Fall dieser Art melden. In der Zuckerfabrik von Neugebauer u. Co. wurden nicht weniger als 30 Soldaten beschäftigt, denen man 1.50 Mark pro Tag zahlte, und außerdem noch täglich mit Semmeln und Wurst bewirtete. Zu einer Zeit, wo ein strenger Winter herrscht, wo in unserer Stadt eine große Anzahl Arbeitsloser vorhanden sind, da läßt sich obige Firma Soldaten kommen, um ihre Arbeiten fertigstellen zu können. Und die Militärbehörde frägt nicht darnach, weshalb der Fabrikant keinen anderen Arbeiter einstellt, sondern gibt bereitwilligst 30 Mann, um so dem Unternehmer die Taschen noch zu füllen. Hiermit ist wiederum der Beweis erbracht, daß die zweijährige Dienstzeit noch zu lang ist, sonst könnte man Soldaten, die für den Felddienst ausgebildet werden sollen, nicht zu allerhand Nebenarbeiten verwenden. Arbeiter, merkt Euch dieses und gebt den Herren am 25. Januar die einzig richtige Antwort, indem Ihr Eure Stimme dem sozialdemokratischen Kandidaten, Genossen Löbe, gebt.

**Posen**, 6. Januar. Hell! Hurra Bülow in Posen. Der Reichskanzler läßt verkünden, daß er im Frühjahr der „Ostmark" einen Besuch abzustatten gedenkt. Der Ostmark natürlich, nicht etwa dem hohen ostmärkischen Tschinowniks, beileibe nicht; man munkelt sogar davon, daß er den bekannten Polenführern einen Besuch abstatten werde. Ein letztes verzweifeltes Mittel! Wenn das nicht zieht, wenn sich jetzt die Polen nicht gleich den Bondelzwarts unterwerfen und ihre Flinten abliefern, dann zieht gar nichts mehr!

**Gnesen**, 8. Januar. Die Posener Bischofswahl. Am 16. Januar findet hier die Erzbischofs-Vorschlagswahl statt, deren Termin bisher geheim gehalten wurde. An der Wahl werden 20 Domherren der Erzdiözesen Posen-Gnesen teilnehmen. Als Kandidaten für die Wahl werden genannt: Domherr Kloske, Weihbischof Likowski, der frühere Regierungs- und Schulrat in Marienwerder und jetzige Domprobst Wanincra, Domherr Schick und Domherr Dr. Schmalz.

## Neueste Nachrichten.

### Der Kopenhagener Straßenbahnerstreik beendet.

Die Straßenbahnbeamten, die am 2. Januar wegen Lohnstreitigkeiten in den Ausstand getreten waren, haben heute einen ihnen von dem hiesigen Bürgermeister Jacobi gemachten Vermittelungsvorschlag angenommen. Danach werden die von den Ausständigen aufgestellten Forderungen von der Straßenbahn-Gesellschaft mit einigen Abänderungen bewilligt. Die Arbeit wird Montag früh wieder aufgenommen. Das Ergebnis des Ausstandes sind Lohnverbesserungen und eine Verkürzung der Arbeitszeit.

**Druckfehlerberichtigung.** In dem Artikel über das glückselige Deutschland ist der dem englischen Steuerabzug parallele preußische Abzug bei den Einkommen unter 3000 Mark gemacht worden. Es muß natürlich über 3000 Mark heißen.

**Quittung.**

**Zum Wahlfonds gingen ein:**

| | | |
|---|---|---|
| Liste 191 | Fey | 3.70 Mk. |
| „ 188 | Littmann | 7.95 „ |
| „ 618 | Langer | 6.00 „ |
| | | 17.65 Mk. |
| Bereits quittiert | | 30.50 „ |
| | Summa | 48.15 Mk. |

Das Wahlkomitee für den Bezirk Breslau.
O. Schütz.

**8. Quittung.**

**Für den Reichstags-Wahlfonds gingen ein:**

| | |
|---|---|
| Bereits quittiert | 1684.88 Mk. |
| Verband der Zimmerer d. Goldschmidt | 100.00 „ |
| Liste 57, Distrikt 7, d. Jeschall | 4.25 „ |
| „ 89 gef. auf Stockgasse d. Mehl | 13.50 „ |
| „ 402, d. Knypelt | 3.40 „ |
| „ 422, organisierte Buchdrucker | 5.40 „ |
| „ 483, d. Karolly | 15.00 „ |
| „ 484, organisierte Buchdrucker d. Filip | 4.05 „ |
| Gef. Kassenabend der Handelshilfsarbeiter | 4.50 „ |
| Liste 353 durch Suchorzinsky | 1.— „ |
| „ 404 durch Panke | 11.15 „ |
| „ 523 durch Hoffmann-Steindorff | 1.60 „ |
| „ 739 Wahlbureau durch Pierkowski | 14.85 „ |
| „ 740 „ „ „ | 15.60 „ |
| „ 741 „ „ „ | 11.00 „ |
| „ 742 „ „ „ | 10.78 „ |
| Silvesterfeier Gewerkschaftshaus | —.67 „ |
| Verband der Metallarbeiter d. Philipp | 200.00 „ |
| Verb. d. Isolierer u. Rohrwml. d. Riedel | 20.00 „ |
| Zusammen | 2021.65 Mk. |

**Sammellisten** sind im Parteisekretariat, Neue Graupenstraße 5, 2. Etage, und im sozialdemokratischen Wahlbureau, Nikolaistraße 27 in der „Scala" parterre links, zu haben.

Das Wahlkomitee.

**Briefkasten.**

**B. E., Kattowitz.** Das Gedicht ist nicht zu verwenden.

**An den Michel aus Altwasser.** Ihr Vorschlag ist garnicht so übel, wir werden ihn gelegentlich verwenden.

**1000 Altwasser.** Die Leiche hat 20 Jahre auf dem Friedhof zu liegen.

**K. Z. B. 07.** Die Kleidungsstücke, Betten, Wäsche, das Haus- und Küchengerät dürfen nicht gepfändet werden, soweit diese Gegenstände für den Schuldner unentbehrlich sind. Die Sachen Ihren Angehörigen jetzt als Erbschaft vorschreiben, hätte keinen Zweck, da sie dadurch nicht vor der Pfändung geschützt würden.

**B. L. 100.** Beim Einsehen der Reichstagswählerliste braucht man sich nicht zu legitimieren.

**E. B. 10.** Nach polizeilich, aber dem Magistrat muß der Eröffnung resp. Weiterführung der Plätteanstalt gemeldet werden und zwar sofort. Steuern werden vom Gewerbebetrieb nur bei einem Einkommen von 1500 Mark jährlich ab erhoben.

## Aus den Gerichtssälen.

### Rindsköpfe mit Würmern.

Wegen Vergehens gegen das Nahrungsmittelgesetz wurde die Fleischersfrau Helene Schaal aus Myslowitz von der Strafkammer Beuthen OS. zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt. Sie hatte zwei Rindsköpfe zum Wochenmarkt gebracht, die schon stark in Fäulnis übergegangen und mit Würmern durchsetzt waren. Die verdorbene Ware war ihr, bevor sie größeres Unheil anrichtete, noch rechtzeitig durch Beschlagnahme abgenommen worden.

### Dem Zuchthaus wird er nicht entfliehen.

Das Kriegsgericht in Wilhelmshafen verurteilte einen Matrosen wegen Fahnenflucht im Rückfalle zu 3 Jahren Zuchthaus. — Den bunten Rock ist er damit natürlich los geworden.

### Man mach die Augen zu und seh nicht hin.

Die Strafkammer in Glogau verurteilte den Fleischermeister Zimmer wegen Aufreizung zur Gehorsamsverweigerung zu sieben Wochen Gefängnis, weil er auf dem Exerzierplatze dort exerzierenden Rekruten zugerufen hatte, die Befehle der Vorgesetzten nicht auszuführen, das sei Schinderei, so behandle man kein Vieh.

### Fahrlässige Körperverletzung

war dem Bauunternehmer Kleinert zur Last gelegt, der sich am Freitag vor dem Breslauer Schöffengericht zu verantworten hatte. Er hatte vom Magistrat die Aufforderung erhalten, von seinem Neubau Bohrauerstraße, Ecke Sternstraße, wegen der vorzunehmenden Kanalisationsarbeiten zu dem Hause und der Verlegung der Trottoirplatten den Bauzaun zu entfernen. Der Bau war bereits abgerüstet und wurde nun die Passage an der Hausfront durch Aufstellung von Böcken auf dem Bürgersteige gesperrt. Am 9. August war nun die Frau des Zimmerers mit ihrer Schwester nach dem Bau gekommen, um Brennholz zu holen. Vom dritten Stock aus versicherten sie sich, daß sich niemand unten vor dem Hause befand, um dann Abfälle von den Dielen, etwa meterlange Brettstücke vom Fenster auf die Straße hinabzuwerfen. In diesem Augenblicke war nun das zehnjährige Mädchen des Steuerbeamten Paul John trotz der Absperrung durch die Böcke auf den provisorischen Bürgersteig vor dem Hause gelaufen. Es wurde von einem Stück Brett an der Stirn getroffen, daß es bewußtlos zusammenbrach. Das Mädchen hatte eine Hautabschürfung davongetragen, doch hat der Unfall keine schädlichen Folgen hinterlassen. Der Vater des Kindes stellte nun Kleinert gegenüber eine Entschädigungsforderung in Höhe von 200 Mark und da dieser sich weigerte, den Anspruch anzuerkennen, stellte er Strafantrag. Der Staatsanwalt war der Ansicht, der Angeklagte habe den Unfall durch Fahrlässigkeit verschuldet. Der Bau sei nicht genügend abgesperrt gewesen und ebenso sei es Sache des Angeklagten gewesen, Vorsorge zu treffen, daß harte Gegenstände nicht herabgeworfen wurden. Er beantragte deshalb fünf Mark Geldstrafe. Das Gericht erkannte auf Freisprechung, da der Angeklagte selbst die Bretter nicht heruntergeworfen habe und auch nicht annehmen konnte, daß jemand solche zum Fenster herabwerfen werde. — Freilich wird wohl Kleinert nach Lage der Sache für das fahrlässige Tun der beiden Frauen haften müssen.

## Vereins-Kalender.

### Breslau.

Die Bibliotheksstunden des sozialdemokratischen Vereins finden von jetzt an Montags von 7—9 Uhr statt. Punkt 9 Uhr wird die Bibliothek geschlossen.

**Arbeiter-Sekretariat Breslau.**
Nikolaistraße 18/19.
Sprechstd. Vorm. 11—1 Uhr, Nachm. 5½—7½ Uhr (außer Sonnabend Nachmittag).

**Gewerkschaftshaus.**

Dienstag, den 8. Januar:
**Zentralverband der Maurer.** Abends 7 Uhr: Allgemeine Mitglieder-Versammlung im großen Saale.
**Schirmmacher und Schirmnäherinnen.** Wichtige Versammlung. Zimmer 2.

Mittwoch, den 9. Januar:
**Arbeiter-Radfahrer-Verein „Breslau".** Generalversammlung.

Sonntag, den 13. Januar:
**Müller.** Nachmittags 3 Uhr: Mitgliederversammlung. Vortrag des Genossen Neukirch: Die bevorstehenden Reichstagswahlen. Zimmer 2.
**Freie Turnerschaft.** Abends 6 Uhr: General-Versammlung. Zimmer 2.
**Verband der Böttcher.** Nachmittags 4 Uhr: General-Versammlung. Zimmer 3.

**Mitteilungen der Distrikts- und Bezirksführer des Sozialdemokratischen Vereins:**

Distrikt 3 (Schweidnitzer Vorstadt).
Bezirk 36. Dienstag, den 8. Januar, Abends 8 Uhr: Zusammenkunft.

**Distrikt 4 (Nikolaitor).**
Dienstag, den 8. Januar, Abends 8 Uhr: Zusammenkunft der Bezirksführer und Stellvertreter. In Anbetracht des Wahlkampfes ist aller Erscheinen notwendig.

**Distrikt 6 (Nikolaitor).**
Dienstag, den 8. Januar, Abends 8 Uhr: Zusammenkunft der Bezirksführer und Stellvertreter. Angesichts des Wahlkampfes ist das Erscheinen aller dringend nötig.

**Distrikt 7 (Nikolaitor).**
Mittwoch, den 9. Januar, Abends 8 Uhr: Zusammenkunft der Bezirksführer und deren Stellvertreter. Sämtliche Kontrollkarten sind mitzubringen. Abrechnung und Verteilung der Arbeiten zur Reichstagswahl. Erwartet wird, daß zu dieser Zusammenkunft jeder erscheint.

**Bezirke 1 u. 3.** Donnerstag, den 10. Januar: Zusammenkunft und Zahlabend. Die Mitgliedsbücher werden ausgegeben. Alle müssen erscheinen.

**Bezirke 5, 6, 7 u. 14.** Sonnabend, den 12. Januar, Abends 8 Uhr: Zusammenkunft und Zahlabend. Angesichts der bevorstehenden Reichstagswahl erwarten wir, daß jeder erscheint.

**Distrikt 8 (Odertor).**
Dienstag, den 8. Januar, Abends 8 Uhr: Ausgabe der neuen Beitragsmarken im „Vatihof". Sämtliche alten Marken müssen mitgebracht werden.

**Distrikt 15 (Ohlauer Tor).**
Montag, den 7. Januar, Abends 8 Uhr: Zusammenkunft sämtlicher Mitglieder bei Langemann, Vorwerksstraße 61. Hoffentlich erscheinen auch alle Bezirksführer.

---

**Ohlau.** Kartell. Dienstag, den 8. Januar, Abends 8 Uhr: Sitzung im Gasthof zur „Stadt Oels". Die neugewählten Delegierten wollen erscheinen.

**Striegau.** Steinarbeiter-Verband. Dienstag, den 8. Januar, Abends 6 Uhr: Versammlung in der „Bierquelle" zu Gräben. Tagesordnung: 1. Kassenbericht. 2. Vorstandswahl. 3. Unsere Lohnforderungen.

**Striegau.** Oeffentliche Versammlung für Männer und Frauen am Donnerstag, den 10. Januar, Abends 8 Uhr, in der „Bierquelle" zu Gräben. Tagesordnung: Die Frauen und die Reichstagswahlen. Referentin: Frau Lungwitz-Berlin. Frauen sind eingeladen.

**Striegau.** Wahlverein. Sonnabend, 12. Januar, Abends 8 Uhr, Versammlung in der „Bierquelle".

**Blumenau.** Gewerkschaftsversammlung. Sonnabend, den 12. Januar, Abends 7½ Uhr, im Saale zum „Weißen Roß". Tagesordnung: 1. Arbeiter- und Unternehmer-Organisationen. 2. Diskussion und Verschiedenes. Referent: Reichstagskandidat Hermann Sachse. Entree für Männer 10 und Frauen 5 Pfg. — Der Einberufer.

**Altwasser.** Deutscher Kaiser. Freitag, den 11. Januar, Abends 7 Uhr: Große öffentliche Frauenversammlung. Referenten: Genossin Lungwitz-Berlin und Hermann Sachse. Entree 5 Pfg.

**Bärengrund.** Gerichtskretscham. Sonntag, den 13. Januar, Nachmittags 3 Uhr: Große Wahlversammlung. Referent: Hermann Sachse. Entree 10 Pfg. Der Kandidat der Hottentotten-Parteien, Herr Kirchberg, ist zu unseren Versammlungen besonders eingeladen worden. Das Wahlkomitee.

**Schmiedeberg.** Oeffentliche Wählerversammlung Sonnabend, den 12. Januar, Abends 7½ Uhr. Referent: Rechtsanwalt Dr. James Broh-Berlin. Rechtsanwalt Ablaß ist besonders eingeladen.

**Bunzlau.** Kartellsitzung. Mittwoch, den 9. Januar, Abends 8 Uhr, in der „Hoffnung".

**Zabrze.** Die Sprechstunden des Arbeiter-Sekretariats finden jeden Freitag von 9 Uhr Vormittags bis 1 Uhr Nachm. und von 5½ Uhr Nachmittags bis 7½ Uhr Abends statt.

---

Verantwortlicher Redakteur: Robert Albert. — Redaktion und Expedition: Neue Graupenstr. 5/6. — Verlag von Oskar Schütz. — Druck von Th. Schatzky G. m. b. H. — sämtlich in Breslau.
**Hierzu 1 Beilage.**

Am 4. d. Mts. starb nach langem, schwerem Leiden unser Kollege, der Steinmetz

**Joseph Stawowy**

im Alter von 44 Jahren.
Ehre seinem Andenken!
**Die organisierten Steinarbeiter Breslaus.**
Beerdigung: Montag, nachmittags 2½ Uhr, vom Trauerhause, Rosenthalerstraße 7b. 99

**Franz Menzler, Tischlermeister**
**Sargmagazin u. Beerdigungsanstalt**
**Breslau, Friedrich-Wilhelmstr. 71**
**neben der Sophienmühle** 5554
empfiehlt sein reichhaltiges Lager von der einfachsten bis zur elegantesten Ausführung einer größeren Beerdigung.

**Achtung, Maurer!**
**Zentral-Krankenkasse „Grundstein zur Einigkeit".**
Donnerstag, den 10. Januar, abends 7 Uhr, findet im Gewerkschaftshause, Zimmer Nr. 2, eine
**Mitglieder-Versammlung**
statt. 97
Tagesordnung:
1. Jahresbericht. 2. Vorstandswahl. 3. Verschiedenes.

**Achtung! Nikolaitor! Achtung!**
**Gewerkschaftler, Parteigenossen!**
Nachstehend die in Nr. 4 der „Volkswacht" angekündigten
**Schuhhändler und Schuhmachermeister**
welche den Zentral-Verband der Schuhmacher der organisierten Arbeiter ...
[illegible]

Soeben erschienen:
**Massenstreik, Partei und Gewerkschaften**
von Rosa Luxemburg.
Preis 30 Pf. Zu haben in Preis 30 Pf.
**der Expedition der Volkswacht.**

**Stadt-Theater.**
Montag:
„Nemo".
Dienstag:
Gastspiel Sigrid Arnoldson.
„Romeo und Julie".
Mittwoch, Anfang 8 Uhr:
„Salome".

**Lobe-Theater.**
Montag:
„Die lustige Witwe".
Dienstag:
„Die lustige Witwe".
Mittwoch:
„Das Glashaus".

**Volks-Vorstellung im Thalia-Theater.**
„Renaissance".

**Breslauer Schauspielhaus**
Anfang 8 Uhr.
„Schützenliesel".
„Der Helfer".

**Liebich's Etabl.**
**Vollständig neues Programm.**
Anfang 7½ Uhr.

**Victoria-Theater**
**Neues Programm!**
**12 Attraktionen.**
Anfang 7½ Uhr.

**Stamm-Seidel.**
Vereins-Seidel,
Geburtstags-Seidel,
Hochzeits-Seidel,
Jubiläums-Seidel,
**Otto Mikesch,**

**Feuerversicherung**
**Ernst Zahn,**
Weinerplatz 5, III.

**Buchhandlung Volkswacht.**

Ich habe meine Praxis wieder aufgenommen. 94
**Dr. Edwin Loebinger**
Frauenarzt,
Breslau, Neue Taschenstrasse 32.
Sprechstunden: 9—1, 3—5 Uhr.

**Hosennäherin**
**Krug, Wäldchen 10.**

**20 Hosennäh.** 98

**Verkaufe** Möbel, Schrk., Vertikows, ... 96

**Ich kaufe** gebrauchte Möbel, ... 93

**Pfandleih-Institut**
**Albert Buscher**

**Brauchen Sie Leitern und Küchenmöbel?**

**Franz Gröschel**

**Möbel Spiegel. Polsterwaren**
**F. Pauer, Sadowastr. 5.**

**5 Pfg.-Sumatra-Zigarren**
prachtvolle Qualitäten, vorzüglich in Brand u. Geschmack
**100 2 Mk., 2,50 Mk., 3 Mk. bis 5 Mk.**
empfiehlt gegen Nachnahme 4571
**Zigarren-Fabrik E. Lampke.**
Fabrik, Versand und Hauptgeschäft:
Breslau, Rossplatz 11, am Oderthorbahnhof.
Filialen: Matthiasstraße 16, Ecke Schrotgasse, Hummerei 35, Friedrich-Wilhelmstraße 15, Klosterstraße 77.

Soeben erschien:
**Die jugendlichen Arbeiter und ihre Organisation**
von Dr. Ludwig Frank.
Preis 20 Pfg.
Zu haben in der Expedition der „Volkswacht".

**Der Schwindel der klerikalen Arbeiterpolitik**
von August Erdmann.
Preis 35 Pf. Zu haben in Preis 35 Pf.
**der Expedition der Volkswacht.**

Soeben erschienen:
**Die neuen Reichssteuern**
wie sie wurden und was sie bedeuten.
Mit einem Schlusskapitel:
Agrarisch-kapitalistische u. sozialdemokratische Steuerpolitik
Preis 30 Pf.
Zu haben in der Expedition der „Volkswacht".

Soeben erscheint:
**Blut und Eisen!**
Krieg und Kriegertum
in alter und neuer Zeit
von
Hugo Schulz
in 30 Lieferungen à 20 Pfennig.
Zu haben in der
**Expedition der Volkswacht.**

## Das glückselige Deutschland.

### III.

Wir haben im vorigen Artikel gesehen, daß der amerikanische Arbeiter das Drei- und Vierfache seines deutschen Kameraden verdient, daß der Deutsche dafür das Recht hat, um so länger arbeiten zu können. Diese aufreizenden Zahlen gewinnen aber ihre ganze revolutionäre Kraft, wenn man sich vergegenwärtigt, wie diese Löhne sich im Haushalt der Arbeiterfamilie bewähren. Das Mehr an Löhnen wird keinesfalls etwa durch eine verminderte Kaufkraft des Geldes beeinträchtigt. Im Gegenteil, der amerikanische Arbeiter würde selbst mit den deutschen Löhnen in Amerika besser leben. Die Hauptbestandteile seines Haushaltsbudgets, Lebensmittel und Wohnungen, sind billiger und besser. Die folgende Tabelle gibt über Lebensmittelpreise in den Vereinigten Staaten Auskunft, in den billigsten Gegenden sowohl als auch in den teuersten, New-York. Es kostet ein Pfund in Pfennigen, wobei zu berücksichtigen ist, daß das Pfund fünfzig Gramm weniger als das deutsche Pfund beträgt. Dennoch bleiben, wie man sieht, selbst die teuersten Lebensmittelpreise in den Vereinigten Staaten unter dem deutschen Durchschnitt, zumeist sehr erheblich.

**Lebensmittelpreise in den Vereinigten Staaten**

| | Atlanta. | New-York. | St. Louis. |
|---|---|---|---|
| Rindfleisch | 22—75 | 41—81 | 35—64 |
| Schweinefleisch | 50—62 | 48—58 | 50—57 |
| Butter | 112—120 | 105—120 | 90—109 |
| Schmalz | 38—40 | 45—60 | 47—50 |
| Kaffee | 53—142 | 65—100 | 40—120 |
| Weizenbrot | 20 | [illegible] | 20 |
| Reis | 28—40 | 30—36 | 40 |

Bei der Erforschung der Lebensverhältnisse der Arbeiter ist wichtiger als die Löhne isolierter erwerbstätiger Arbeiter die Gesamteinnahmen der Arbeiterfamilien festzustellen. Aus der nachfolgenden Tabelle ergibt sich, daß die höchsten Familien-Einnahmen einer deutschen Arbeiterfamilie nur noch ganz vereinzelt in den Vereinigten Staaten vorkommen, der größte Teil um das Vierfache, auch darüber hinaussteigt. Besonders interessant dürfte es für unsere deutschen Junker sein, wie hoch die Einnahmen der in der amerikanischen Landwirtschaft Tätigen sind. Die Uebersicht gründet sich auf der Untersuchung der Familieneinnahmen von 24,402 Personen. Es betrugen danach die Gesamteinnahmen der Arbeiterfamilien in:

| | über 1200 Mk. | 1200-1800 | 1800-2000 | 2000-2400 |
|---|---|---|---|---|
| | % | % | % | % |
| Landwirtschaft | 43,39 | 23,85 | 13,84 | 6,13 |
| Eisen u. Stahl | 2,12 | 6,50 | 14,42 | 16,83 |
| Textil-Industrie | 11,60 | 14,85 | 28,82 | 14,23 |
| Bergbau | 8,71 | 19,92 | 26,51 | 16,88 |
| | 2400-2800 | 2800-3200 | 3200-3800 | über 4000 |
| | % | % | % | % |
| Landwirtschaft | 8,46 | 0,77 | 0,77 | — |
| Eisen u. Stahl | 17,07 | 20,96 | 9,48 | 5,48 |
| Textil-Industrie | 12,28 | 9,51 | 3,10 | 2,97 |
| Bergbau | 10,95 | 7,25 | 3,16 | 2,51 |

Die Verhältnisse einer amerikanischen Durchschnittsfamilie der arbeitenden Klasse stellen sich so:

Durchschnittliche Kopfzahl 4,88 Personen. durchschnittliche Gesamteinnahmen 2989 Mark, Gesamtausgaben 2796.96 Mark.

Unter den Ausgaben beträgt die Miete durchschnittlich 473.60 Mark. Kleidung 379.96 Mark Nahrung 1251.68 Mark.

Einen hohen Kulturstand verrät der Ausgabeposten „andere Zwecke": 581.48 Mark. Eine so beträchtliche Summe kann also die amerikanische Arbeiterfamilie für Zwecke aufwenden, die über die gemeine Notdurft des täglichen Lebens hinausgehen. Nicht unbedeutend ist auch der Posten „Schulden und Schuldenzinsen", der zumeist durch die Erwerbung eines eigenen Hauses entstanden ist. Nicht hoch ist, wie man sieht, der Posten für die Miete. Der amerikanische Arbeiter erhält aber für den Preis Räume, die weit die Wohnungen übertreffen, die sich in deutschen Großstädten selbst der bessere Mittelstand leisten kann. Die Untersuchung von 19,000 Arbeiterwohnungen in den Vereinigten Staaten ergab eine Durchschnittsgröße von 4,67 Räumen. Bei den Mietswohnungen kostet die Wohnung im Durchschnitt 466.20 Mk. Das macht auf die Person 87.92 Mark, auf den Raum 98.48 Mark. Noch günstiger stellt sich das Verhältnis in den Eigenhäusern der Arbeiter, deren durchschnittliche Größe 5,12 Räume ist. Mehr als ein Fünftel der amerikanischen Arbeiter wohnen im eigenen Heim. In Berlin kostete eine aus einem einzigen Raum bestehende Wohnung im Jahre 1900 232 Mark. Eine Wohnung von Küche und 2 Zimmern kostete 1903 425 Mark. Um also eine Wohnung zu erschwingen, die auch nur halb so groß ist wie die einer amerikanischen Arbeiterfamilie müßte eine Berliner Arbeiterfamilie mindestens 2500 Mark einnehmen. 93 Prozent der Berliner eingeschätzten Personen aber hat ein Einkommen unter 2000 Mark. Daß die Berliner Arbeiter in ihrer großen Mehrzahl sich mit einer Wohnung aus einem heizbaren Raum begnügen müssen, geht nicht nur daraus hervor, daß sie nicht das Einkommen haben, um mehr zu bezahlen, sondern auch daraus, daß von allen Wohnungen Berlins, die Hälfte nur aus einem Raum besteht. Aehnlich steht es in den meisten anderen größeren deutschen Städten. In Königsberg, Barmen, Rixdorf hausen sogar noch mehr als die Hälfte in solchen Höhlen, die man zu Unrecht Wohnungen nennt. In den kleinen Städten ist es nicht anders und in diesen deutschen Einzimmerwohnungen müssen nicht nur die Familien der Arbeiter selbst leben, sondern auch noch Schlafburschen. Ein deutscher Arbeiter hat in der Freiheit vielfach noch nicht einmal den Luftraum zur Verfügung, den ein Gefangener in einem preußischen Zuchthaus hat. „Trotzdem der amerikanische Arbeiter" schreibt Heiß in dem erwähnten Aufsatz, „kaum mehr anlegt, als zum Beispiel eine kinderreiche Familie, die in Berlin noch halbwegs menschenwürdig wohnen will, kommen auf jede Familie 4—6 Räume und auf jede Person ein Raum". Für den amerikanischen Arbeiter bleibt nach seinen Einnahmeverhältnissen, nach der Billigkeit der Lebensmittel und auch der Wohnung die Möglichkeit, seinen Haushalt namentlich hinsichtlich der Ernährung in einer Weise zu führen, daß, wie Heiß seufzend bemerkt wohl manche deutsche Geheimratsfamilie solchen Aufwand beneiden möchte. Das Haushaltungsbudget der durchschnittlichen Arbeiterfamilie in den Vereinigten Staaten rechnet mit folgendem jährlichen Verbrauch:

| | | | | |
|---|---|---|---|---|
| 349,7 | Pfund | frisches Ochsenfleisch | zum Preise von 200.20 | Mark |
| 48,6 | " | gesalzenes " | 21.04 | " |
| 114,2 | " | frisches Schweinefleisch | 56,08 | " |
| 110,5 | " | gesalz. " | 56,56 | " |
| 454,5 | Quart | Milch | 86,28 | " |
| 117,1 | Pfund | Butter | 115,04 | " |
| 46,8 | " | Kaffee | 42,96 | " |
| 168,5 | " | Zucker | 48,04 | " |
| 630,8 | " | Korn- und Weizenmehl | 67,64 | " |
| 552,7 | Laib | Brot | 49,76 | " |

Fürst Bülow hat in seiner Sylvesterbotschaft an den Häuptling des Reichsverbandes gesagt:

„Obgleich es keinen Staat gibt, der mehr für Gegenwart und Zukunft der Arbeiter, für ihre materiellen und geistigen Bedürfnisse getan hat, als das deutsche Reich, obgleich die deutschen Arbeiter die best gebildeten der Welt sind, halten doch Millionen bewußt oder als Mitläufer zu einer Partei, die den Staat und die Gesellschaft von Grund aus umwälzen will. Von solchem Druck muß das deutsche Volk sich frei machen."

Alles, was der deutsche Arbeiter an Besserung seiner wirtschaftlichen Lage und an Bildung erreicht hat, hat er sich trotz des Staates erobert, hat ihm die sozialdemokratische Organisation und die sozialdemokratische Aufklärung verschafft. Der Staat sucht sein Streben, emporzukommen, durch Zuchthausvorlagen, und seinen Bildungsdrang durch die kirchliche Verklavung der Schule zu lähmen. Sowohl auf dem Gebiete seiner wirtschaftlichen Verbesserung wie in seiner geistigen Entwickelung hemmt kein Kulturstaat das Proletariat mehr als das deutsche Reich. Die Vereinigten Staaten von Amerika geben allen ihren Bürgern ohne Unterschied die gleiche Bildungsmöglichkeit. Die Loslösung der Schule von der Kirche, die im deutschen Reiche immer fester das Joch auf den Unterricht legt, macht überall gerade unter dem Einfluß der vorwärts drängenden Arbeiterschaft entscheidende Fortschritte. Der deutsche Arbeiter ist dagegen schlecht bezahlt, unfrei; er muß sich mühsam das, was an ihm die Schule gesündigt, nachträglich in seinen politischen und gewerkschaftlichen Organisationen aneignen. Er wohnt schlechter als ein Sträfling und zahlt dem Reiche und dem regierenden Junkertume, den Grundbesitzern des Landes und den Häuserspekulanten der Städte unerschwingliche Preise zur Fristung seiner notwendigsten Bedürfnisse. Der deutsche Arbeiter hat keinerlei Freiheit, die Politik der Nation zu bestimmen, er ist willenlos angewiesen, die Rechnungen zu begleichen, welche die Herrschenden verzehrt haben. Von solchem Druck muß sich das deutsche Volk in der Tat frei machen. Die Sozialdemokratie hat den Kampf für Ehre und Gut der Nation zu führen gegen die Elemente, die Ehre und Gut ihr rauben.

Der Versuch herrschender Klassen und herrschender Cliquen, denen, die sie mißhandeln, obendrein noch einzureden, daß es ihnen besser ginge, als irgend wo anders in der Welt, ist so alt, als die Erscheinung überhaupt, daß die Herrschenden genötigt werden, der öffentlichen Meinung Rede zu stehen. Solche Versuche aber konnten nur solange gelingen, als die Massen in vollständiger Dummheit schmachteten, und, wenn sie schon ihr eigenes Elend einigermaßen durchschauten, doch nicht ahnten, wie es außerhalb der Grenzen ihrer Not aussähe. Heute fliegt die wissenschaftliche Erkenntnis über die Grenzen, und keine regierende Unwissenheit und kein herrschender böser Wille vermag die Wahrheit mehr aus den Köpfen der Massen herauszustehlen. Daß sich die Aneigner der deutschen Arbeit in einem glückseligen Deutschland fühlen, ist begreiflich. Die Millionen der Besitzlosen aber haben diese Glückseligkeit für sich erst noch zu erobern.

## Der Bau der Gasanstalt IV.

Unter den im vorigen Artikel geschilderten Umständen mußte der Magistrat dazu kommen, an die Erbauung einer vierten Gasanstalt zu denken. In dieser Voraussicht hatte der Magistrat unter Zustimmung der Stadtverordneten-Versammlung bereits vor Jahren Kaufverhandlungen mit einer großen Zahl von Grundeigentümern in der früher selbständigen Gemeinde Dürrgoy angebahnt und diese führten zum Kauf einer 48,4608 Hektar großen Fläche, nachdem man sich die Möglichkeit und Zulässigkeit eines Bahnanschlusses durch Verhandlungen mit der Eisenbahnbehörde gesichert hatte. Vorbedingung für die Erbauung der Gasanstalt auf diesem Landfleck war natürlich dessen Eingemeindung oder die Eingemeindung der ganzen Gemeinde Dürrgoy in den Stadtbezirk Breslau, da die Stadtgemeinde im anderen Falle voraussichtlich Schwierigkeiten bei der Erbauung gehabt und durch die Schaffung der umfangreichen Anstalt und durch die Zahlung bedeutender Steuern an die Nachbargemeinde zu deren Aufblühen, also zum Entstehen einer großen Nachbargemeinde beigetragen und diese die Vorteile genossen hätte, welche die Stadt ihren Bürgern zuzuwenden suchen mußte.

Nachdem diese am 1. April 1904 eintrat, war auch die Frage nach dem Bauplatz für die neue Gasanstalt entschieden.

Am 4. Mai 1904 wählte die städtische Betriebsdeputation aus ihrer Mitte eine Unterkommission zur Vorbereitung der Entwürfe für den Neubau einer 4. Gasanstalt.

Stadtbaurat Wirtz legte bereits am 26. Mai 1904 dieser Unterkommission einen Entwurf vor. Gleichzeitig wurde an Hand von Zusammenstellungen und Berechnungen nachgewiesen, daß es bei schleunigster Ausführung des vorgelegten Entwurfes zwar möglich sei, aus der vierten Gasanstalt im Winter 1906/7 bereits Gas abzugeben, daß aber schon für den Bedarf des Winters 1905/6 für eine Vermehrung der Gaserzeugung über die Leistungsfähigkeit der bestehenden Anstalten hinaus gesorgt werden müsse, und daß dies durch einen sofort vorzunehmenden Erweiterungsbau der Anstalt I zu erreichen sei.

Nachdem die Betriebsdeputation und der Magistrat den Umbau genehmigt hatten, erklärte sich auch die Stadtverordneten-Versammlung und zwar am 30. Juni 1904 damit einverstanden, und sie stimmte zugleich dem vorgeschlagenen Ankaufe der beiden Grundstücke Striegauerstraße 23/25 und 27, die zur Erweiterung gebraucht wurden, für den Preis von 184,000 Mark zu. Einschließlich der Kaufkosten für diese Grundstücke war der Bau auf 585.000 Mark veranschlagt.

Der Erweiterungsbau bestand in der Hauptsache in dem Aufstellen eines neuen Gasbehälters von 20,000 Kubikmeter Inhalt, dem Einbau eines neuen Ofenblockes, Aufstellen neuer Apparate und Reiniger usw., sowie in der Errichtung der für die Erweiterung erforderlichen neuen Gebäude. Mit Anspannung aller Kräfte gelang es, den Bau so zu fördern, daß die Anstalt im erweiterten Umfange im Winter 1905/6 in Gebrauch genommen werden konnte, wodurch ihre tägliche Leistungsfähigkeit auf rund 42.000 Kubikmeter Gas stieg, das sind noch 2000 Kubikmeter mehr als zuerst veranschlagt war. Die normale Jahresleistung war damit auf 8½ bis 9 Millionen Kubikmeter gestiegen. Die Nacharbeiten und dergleichen konnten dann im Winter 1905/6 vollendet werden, so daß im Frühjahr 1906 der Umbau vollständig fertiggestellt war. Der durch den Umbau veranlaßte vergrößerte Betrieb erforderte auch eine Vermehrung des Arbeiterpersonals. Es mußten daher auch vergrößerte Arbeiter-Aufenthaltsräume beschafft werden. Es wurde ein besonderes Arbeiteraufenthalts- und Wohlfahrtshaus gebaut, für das die städtischen Behörden 55,000 Mark bewilligten.

Bei Schaffung der neuen Gasanstalt war, wie schon vorher erwähnt, auch auf die Schließung der Gasanstalt II Bedacht zu nehmen. Außerdem war mit der regelmäßigen Steigerung des Verbrauchs zu rechnen. Der Gasverbrauch betrug in Breslau im Jahre 1902 gleich 55,71 Kubikmeter auf den Kopf der Bevölkerung, während er in den meisten Großstädten Deutschlands bedeutend höher war. Er betrug pro Jahr und Kopf der Bevölkerung im Jahre 1902 in: Berlin 92,0, Köln 95,0, Hamburg 80,5, Düsseldorf 87,5, Elberfeld 93,1, Mannheim 70,1, Karlsruhe 110,7, Dresden 79,6, Leipzig 82,2, Wiesbaden 56,4, Mainz 88,5 Kubikmeter, im Durchschnitt 87,2 Kubikmeter. Da auch in Breslau die Verbrauchsziffer ständig zugenommen hat, ist auch ein weiteres Steigen annähernd bis auf die vorberechnete Durchschnittszahl anzunehmen, das auch schon deshalb mit Sicherheit zu erwarten ist, weil die Verwendung von Gas für die Zimmerbeleuchtung und für Kochzwecke ständig zunimmt. Hierzu tritt noch der aus der Zunahme der Bevölkerung sich ergebende Mehrverbrauch.

Unter Berücksichtigung aller dieser Umstände und der gleichmäßigen Zunahme von nur 8 Prozent des Gesamtbedarfs bis zur annähernden Erreichung der Durchschnittsziffer anderer Großstädte ergibt sich im Jahre 1910 ein Gasverbrauch von 45,600,000 Kubikmeter. Nach dem Jahre 1910 kann mit einer gleichen Steigerung nicht mehr gerechnet werden, es ist dann nur noch die normale Steigerung durch Zunahme der Bevölkerung um jährlich etwa 3 Prozent in Betracht zu ziehen. Danach beträgt im Jahre 1925 der Gesamtverbrauch in der Stadt 70,900,000 Kubikmeter. Auf dieser Bedarfsziffer ist der Entwurf für die neue Anstalt aufgebaut insofern als sie diesen Bedarf abzüglich der Leistungen der beiden bestehenbleibenden Anstalten I und III, also 51 Millionen Kubikmeter erzeugen soll. Da es aber unwirtschaftlich wäre, die Gasanstalt schon bald für eine so große Leistung, die erst nach einem längeren Zeitraum beansprucht wird, zu bauen, so teilt der Entwurf das ganze Werk in 2 besondere Bauabschnitte, die zu verschiedenen Zeiten ausgeführt werden können. Jeder Ausbau ist auf 25,6 Millionen Kubikmeter Gaserzeugung oder auf eine höchste Tagesleistung von 120,000 Kubikmeter berechnet.

Der Kostenüberschlag berechnet die Kosten für den ersten Ausbau auf 6,955,000 Mk.

Hierzu treten die Kosten für das neue Betriebsrohr nach der Stadt mit 644,000 Mark, so daß im ganzen 7,599,000 Mk. erforderlich sind.

Der zweite Ausbau ist veranschlagt auf zusammen 5,500,000 Mark.

Nachdem durch Beschlüsse der städtischen Körperschaften die Lage der Gasanstalt im allgemeinen, die Lage der einzelnen Anlagen und Gebäude und in der Hauptsache der Gang der Gasfabrikation festgelegt waren, galt es nun, baufertige Entwürfe für die Einzelausführungen und Kostenanschläge zu erlangen, auf Grund deren die Vergebung erfolgen konnte. Sobald dies geschehen war und die erforderlichen behördlichen Genehmigungen erlangt waren, wurde sofort mit dem Bau begonnen.

Im Oktober 1905 waren fast alle Gebäude soweit, daß sich auch örtlich schon das künftige Bild des Werkes erkennen ließ. Am 28. Oktober 1905 wurde über dem Eingang zum Wasserturm, dem äußerlich hervorstechendsten Bauwerke, in feierlicher Weise der Schlußstein eingefügt und über das imposante Werk, das nun bereits seit mehreren Wochen sein Gas in die Leitungen der Stadt schickt und das am vorigen Sonnabend in feierlichster Weise eingeweiht worden ist, haben wir schon vor einiger Zeit eine eingehende Beschreibung gebracht. Es muß anerkannt werden, daß auswärtige und hiesige Firmen ihr Bestes geleistet haben, um ein allen Anforderungen der modernen Gastechnik entsprechendes Werk zu schaffen. Jedenfalls ist damit die für eine Großstadt so ungeheuer wichtige Frage der Gasversorgung auf lange Zeit hinaus gesichert.

## Zur Abrechnung mit den Volksfeinden am 25. Januar.

(Material zur Reichstagswahl.)

### Verschleierung.

Das „Berliner Tageblatt", dessen früherer Pariser Korrespondent während der frevelhaften Marokkoaffäre manche unangenehme Wahrheit über die verbrecherische Sinnlosigkeit der deutschen Politik gesagt hat, versucht jetzt, wo jener Korrespondent inzwischen sein leitender Redakteur geworden ist, den Fürsten Bülow von der Verantwortung zu entlasten. Der „Temps" hatte in einer Betrachtung über die auswärtige Politik Deutschlands bemerkt, daß man in Deutschland während des Aprils 1905 einen Angriff gegen Frankreich für möglich, ja wahrscheinlich gehalten habe. Das war noch sehr milde von dem Pariser Blatte gesagt, denn tatsächlich standen wir in der Marokkokrisis unmittelbar vor dem Ausbruch des Krieges, den die deutsche Unzurechnungsfähigkeit provoziert hatte.

Der arme Bülow soll nun, so behauptet das „B. T.", daran nicht schuld gewesen sein. Die Schuld wird ihm erst aufgebürdet werden, wenn auch er erst einmal aus der Regierung ausgeschifft ist. Dann wird er sich zu den Stübel und anderen Gewesenen gesellen, auf die die ganze Schuld zu schieben jetzt das erste Kennzeichen guter nationaler Gesinnung ist. An den Behauptungen des „Temps", meint das „B. T.", sei nur richtig, daß gewisse Bureau- und Vorzimmer-Intriguanten, denen sich Fürst Bülow allzu bereitwillig in die Hände gegeben, für die Ehre Deutschlands und besonders für ihre persönlichen Interessen das Aeußerste wagen wollten. Das „Berliner Tageblatt" spielt damit auf den Herrn v. Holstein an, der, solange er in Amt und Macht war, unumschränkt, namentlich auch die liberale Presse beherrschte, und dem jetzt die hochverräterische Absicht nachgesagt wird, daß er um seiner persönlichen Interessen willen Deutschland und Frankreich in die unsägliche Katastrophe eines Krieges habe stürzen wollen. So springen unsere gutgesinnten Blätter mit den gestürzten Größen um, denen sie nun verbrecherische Absichten nachsagen, gegen deren Verruchtheit die Schandtaten eines Massenmörders harmloses Spiel scheinen.

Aber die neuerdings beliebte Methode, alle Schuld der deutschen Regierung der Vergangenheit in das Vorzimmer und auf die Hintertreppe abzuladen, um die Teppiche des nur für Herrschaften bestimmten Aufganges rein zu halten, scheitert in diesem Falle an der aktenkundigen Tatsache, daß Fürst Bülow selbst persönlich Frankreich den Krieg angekündigt hat.

Am 10. Juni 1905 noch, als die Weisheit unserer französischen Genossen bereits dem deutschen Wahnsinn das Opfer des französischen Ministers Delcassé gebracht hatte, sprach der deutsche Botschafter in Paris im Auftrage des Fürsten Bülow, um die alberne Marokko-Konferenz zu erpressen, das Wort zu dem französischen Minister des Auswärtigen, Rouvier: „Sie müssen wissen, daß wir hinter Marokko stehen." Das war die brutale Ankündigung des Krieges in offizieller Form für den Fall, daß Deutschland seinen blöden Willen nicht durchsetzte. Seit dieser Kriegsankündigung ist Deutschland international völlig isoliert. Die Kulturstaaten haben diesem unruhigen Kranken gegenüber das Heil- und Schutzmittel angewandt, mit dem man die Tobsüchtigen zu beruhigen pflegt: die vollkommene Isolierung.

Es waren eben nicht unverantwortliche Hintertreppen-Politiker, auf denen die Marokkoschuld lastet. Oder wäre es etwa auch einer dieser Intriganten gewesen, die im Frühjahr 1906 plötzlich den vollständig verdutzten Reichstag in die Ferien schickte, damit die Regierung des Fürsten Bülow für alle Fälle in das marokkanische Abenteuer sich stürzen konnte, ohne durch den Reichstag irgendwie gehemmt werden zu können. Es ist doch wohl Fürst Bülow gewesen, der diesen damaligen Staatsstreich veranlaßt hat. Im Frühjahr 1906 begnügte sich der Absolutismus noch mit der unerwünschten Gewährung des Ferienurlaubs für den Reichstag, heute hat man zu demselben Zweck die Auflösung gewählt. Die jetzige Auseinanderjagung des Reichstages ist ja keineswegs der erste Fall der vollständigen Ausschaltung des Parlaments. Die deutsche Regierung ist nach China gegangen und hat erst, nachdem alles im wesentlichen vorüber war, der deutschen Volksvertretung die Rechnung präsentiert; der an-

antwortliche Kanzler, Fürst Hohenlohe, war schon vorher geflüchtet. So war es in der Marokkoaffäre, so jetzt in dem Kolonialkrieg. Die Erfahrung hat gezeigt, daß die Regierung des Fürsten Bülow den Reichstag nur als Geldbewilligungsmaschine und Steuererpressungsapparat benutzt, daß sie ihm aber keinerlei Einwirkung auf den Gang der Politik selbst gestattet. Es gibt keine andere Möglichkeit mehr, als daß das Parlament sich die Rechte erobert, die in jedem modernen Staate bei der Volksvertretung ruhen. Das ist höchstes nationales Interesse, denn auch kein Sozialdemokrat möchte wünschen, daß die unaufschiebbare Einführung des parlamentarischen Systems in Deutschland erst als die Folge einer Katastrophe kommen würde, zu der die verblendete auswärtige Politik der heute Verantwortlichen das deutsche Reich jeden Tag treiben kann.

## Der König von Sachsen und der Sohn einer deutschen Mutter.

Aus einem bürgerlichen Wahlflugblatt:

**„Wer vermag einer deutschen Mutter ihren Sohn zu ersetzen,** der um paar ersparter Groschen willen sein junges Leben **lassen mußte?"**

Bürgerlicher Zeitungsbericht vom 6. Januar 1907:

**„Ein Automobilabenteuer des Königs von Sachsen.** Vor einigen Tagen fuhr **der König Friedrich August** von Sachsen **per** Automobil zur Jagd zum Grafen Rex. In der Nähe der Ziegelei von Zehista bei Pirna begegnete **das Auto dem** Geschirr **der** Brüder Starke aus Pernersdorf. **Bei seinem Herannahen** sprang **der** ältere Bruder ab, um die unruhig werdenden Pferde **zu halten.** Anstatt bei diesem Anblick das Tempo zu zügeln, fuhr **der Chauffeur mit unverminderter Geschwindigkeit** weiter. Die Pferde scheuten im Augenblick, als das Auto an **ihnen** vorbeiraste, schleiften den jungen Mann mit sich **und** rissen ihn schließlich **unter die Hufe und den Wagen,**

**während das Automobil weiterfuhr.**

Erst nach der Ankunft in Zehista kehrte es noch einmal um, und der König ordnete die Ueberführung des Verunglückten in das Krankenhaus Heidenau an, wo er gleich darauf **verschied.**

Damit war die

**verwitwete Mutter des Toten**

des Haupternährers für sie und sieben **unmündige Kinder** beraubt. Das Dresdner Hofmarschallamt hat nun in Anbetracht dieser traurigen Lage der armen Frau eine Entschädigung von

**insgesamt 1200 Mark**

angeboten,

**zahlbar in zwei Raten,**

600 Mk. in diesem Jahr, 600 im nächsten. Die Frau hat jedoch abgelehnt, sich mit dieser Vergütung einverstanden zu erklären, und wird ihre weitergehenden Ansprüche nunmehr **gerichtlich** geltend machen."

Damit hat das bürgerliche Wahlflugblatt eine echt sächsische Antwort auf seine Frage: „Wer vermag einer deutschen Mutter ihren Sohn zu ersetzen?" Das königlich sächsische Hofmarschallamt vermags, und es braucht dazu viel weniger Geld, **als wenn ein verendeter** Gaul des königlichen Marstalls durch **einen ebenbürtigen Nachfolger** ersetzt werden sollte. Ein Mensch, zumal sächsischer Rasse, ist ja viel weniger wert **als** eine englische Vollblutstute!

Was aber den **albernen** Vorwurf **des Kaffern-Flugblatts** betrifft, so hat die **Sozialdemokratie als Gegnerin der „Weltpolitik"** und Hüterin **des** Weltfriedens **stets** dahin gewirkt, daß den deutschen Müttern ihre Söhne erhalten bleiben. Sie hält Menschenleben nicht mit 1200 Mk., zahlbar in zwei Raten, für **ersetzbar.**

## Das schwarz-schwarze Kartell.

„Und man will auch hier schon wieder nicht so wie die Obrigkeit." Konservative, Liberale und Freisinnige vereint gegen Sozialdemokraten, Polen, Welfen und Zentrum! So lautete der Marschbefehl; aber die Konservativen **denken** gar nicht daran, sich mit der katholischen Fraktion des Konservativismus, dem Zentrum, ernstlich zu überwerfen. „Kreuzzeitung" und „Deutsche Tageszeitung" verfolgen die Partei der Herren Erzberger und Roeren längst schon mit ihren nicht mehr geheimen Liebesanträgen, die den heiligen Zorn der sich verkauft und verraten fühlenden liberalen „Waffenbrüder" hervorriefen. Jetzt gar gibt die „Kreuzzeitung" dem Zentrum alle Trümpfe in die Hand, indem sie, gegen den Silvesterbrief Bülows polemisierend, ausführt, der gegenwärtige Reichskanzler könne sich für das Ausbleiben eines neuen Kulturkampfes durchaus nicht verbürgen, dieser werde inszeniert werden, falls die liberalen Parteien verstärkt in den Reichstag zurückkehrten: „und dem Kulturkämpfer gilt der Konservative ebenso als Feind wie der Ultramontane."

Nun poltert der längst nur mühsam verhaltene Aerger der Herren vom Evangelischen Bunde in der „Tägliche Rundschau" also los:

**Das setzt dem verräterischen Vorgehen der „Kreuzztg."** erst recht **die Krone auf!** Nicht genug damit, daß sie sich dem Zentrum, gegen das jetzt der **nationale Kampf auf der ganzen Linie** entbrannt ist, **an den Hals** wirft — sie **entwürdigt** sich selbst soweit, sich die **klerikalen Wahllügen** zu eigen zu machen und **die vergifteten Waffen gegen die nationalen Parteien** zu kehren.

Also, da haben wir's! Jetzt kämpft schon das Hauptorgan der Junker „mit vergifteten Waffen gegen die nationalen Parteien". Die nationale Wahlparole parodiert sich selbst!

**Als** ob es ein Wunder wäre, daß trotz aller Verschiedenheit der parlamentarischen Taktik Schwarz und Schwarz zusammenhält. Sowohl das Zentrum wie die konservative Partei sind in ihrem Grunde stockreaktionär und agrarisch: die „ideellen" Interessen — der Volksverdummung — und die materiellen — des Lebensmittelwuchers sind ihnen beiden gemeinsam. Darum hat auch Herr Erzberger in der „Neuen Welt" in Berlin am letzten Donnerstag Abend die für die Konservativen sehr beruhigende Erklärung abgegeben, daß die katholischen Wähler hier und da für konservative Kandidaten stimmen würden. So ist's eben trotz aller offiziösen Verschleierungsversuche und allen liberalen Geschreis: Schwarz bleibt Trumpf, wenn nicht Rot Trumpf wird!

## Die Russische Sozialdemokratie über die Auflösung des Reichstags.

Am 22. Dezember ist die erste Nummer des sozialdemokratischen Wochenblatts „Na Otscheredj" erschienen, das der Menschewiki-Fraktion nahe steht. Aufsätze von Genossen Potressoff und Genossen F. Dahn sind in Nr. 1 abgedruckt. In derselben Nummer befindet sich folgende Notiz über die Auflösung des Reichstages: „Im Leben des Auslandes ist das größte Ereignis der letzten Tage zweifellos die Auflösung des deutschen Reichstages; sie lenkt die Aufmerksamkeit der ganzen Welt auf sich. Der Vorwand bei der Auflösung war die Weigerung des Reichstages, die von der Regierung geforderte Summe für die Kolonien zu bewilligen. Es ist aber ein offenes Geheimnis, daß dies nur ein Vorwand war. Die wahre Ursache der Auflösung lag in dem Wunsche der Regierung, die in der öffentlichen Stimmung Deutschlands eingetretene Reaktion in den eigenen Interessen auszunützen, diejenige Reaktion nämlich, die ganz und gar durch die in der Entwickelung der russischen Revolution entstandene Verzögerung und durch das zeitweilige Herrschen der Reaktion in Rußland hervorgerufen worden ist. Unsere russischen sogenannten „Konstitutionalisten" können sich der Schadenfreude ergeben: nicht nur bei uns in Rußland wird die Volksvertretung heimgeschickt; siehe da! Deutschland ist ein konstitutionelles Land, und doch wurden die Abgeordneten davongejagt, als sie mißliebig wurden; und da will man noch sagen, daß in Rußland keine wirkliche Konstitution besteht!

## Die Leibgarde der Hohenzollern.

Die Professoren Berlinischer Färbung steigen wieder in das Volk herab, wie einst in den Tagen der Flottenvorlage. Herr Schmoller, der immer dabei ist, hat eine große öffentliche Versammlung auf den 8. Januar einberufen, um die Wahlparole des Fürsten Bülow professoral breit zu treten. Es wird nicht diskutiert, aber es werden Ansprachen gehalten werden. Auch Herr Dernburg wird ansprechen. Hans Delbrück, von Liszt, die noch 1903 für ein Zusammengehen des entschiedenen Liberalismus mit den Sozialdemokraten eintraten, [illegible] und halten in einer Versammlung Ansprache zu Gunsten einer entschlossenen Kolonialpolitik, von deren Besuch Zentrum und Sozialdemokraten ausgeschlossen sind. Die preußische Wissenschaft ist, wie man sieht, immer bereit, umzukehren und einzulenken.

## Wer lacht da?

**Wahrhaftiger Gott, was wir jetzt mitteilen ist kein Witz aus dem Simplicissimus, sondern eine nackte Tatsache:**

**Berlin, 7. Januar. Die freisinnige Volkspartei hat beschlossen, im Abgeordnetenhaus einen Antrag auf Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts für die Wahlen zum preußischen Landtag einzubringen.**

Die Fraktion derselben Volkspartei, die in Breslau, Gotha, Sorau und an Dutzenden anderen Orten ostentativ schweifwedelnd die gehässigsten Gegner des Reichstagswahlrechts unterstützt!!! Hat man je ein dreisteres Wahlmanöver kennen gelernt?

## Eine friedliche Revolution.

„Ohne Uebertreibung darf man es aussprechen, daß die **Mißstimmung im Lande gegen das Königshaus** Tag für Tag zunimmt. Eine **Katastrophe** bereitet sich vor. Und die Fragen, deren Beantwortung die Zukunft bringen wird, lauten: **Wann wird die Katastrophe eintreten**, und welcher Art wird sie sein? Keine von den Hoffnungen, die man auf das Königtum setzte, hat sich erfüllt. Statt eines Emporkommens, eines Fortschreitens machen sich überall Stillstand und Rückschritte bemerkbar. Die Mächte beschränken ihren amtlichen Verkehr auf das äußerste Maß des Unvermeidlichen. Es liegt auf der Hand, daß das politische Ansehen nicht zunehmen kann, vielmehr stetig abnehmen muß, solange dieser Zustand der Isolierung andauert. Es gärt, und jeder Morgen kann eine Ueberraschung bringen. Soviel darf als sicher angenommen werden: es wird eine unblutige Ueberraschung sein. Das Parlament wird eines Tages die Absetzung des Herrscherhauses und die Errichtung der Republik beschließen, und eine Abordnung wird dem Könige diesen Beschluß zugleich mit der höflichen Aufforderung mitteilen, das Land zu verlassen."

So ironisch spielt ein nationalliberales Blatt, die „National-Zeitung", mit dem Gedanken der Revolution, malt es mitten in der Wahlzeit, in der es doch gilt, die nationalen Güter von Thron und Altar zu schützen, den Gedanken der parlamentarischen Absetzung der Dynastie an die Wand. Ja, es findet so wenig Anstoß an so hochverräterischen Unternehmen, daß es gegen den Umsturz nicht nur kein Wort des Widerspruchs findet, sondern diesen Plan mit offenbarem Behagen breit erörtert. Es sei übrigens hinzugefügt, daß die „Nationalzeitung" die — Serben in dieser Weise aufreizt, die ganze Bande ihres Herrscherhauses nach Hause zu jagen.

## Kleine Nachrichten.

**Pods Gesundheitsrücksichten.** Aus Kyritz vom 3. Januar bringt die „Kreuzzeitung" die auch uns sehr schmerzliche Botschaft, daß die in der Ostprignitz geplante Kandidatur des Staatsministers v. Podbielski wegen dessen Gesundheitszustandes leider nicht durchführbar sei. Man kennt ja die Gesundheitsrücksichten, die den „verehrten Mann" — als solchen sprach ihn am 1. Januar die „Deutsche Tageszeitung" in einer besonderen Neujahrsgratulation an — zur Niederlegung seines Ministerportefeuilles veranlaßten. Dieselben Gründe sind offenbar für die Konservativen ausschlaggebend gewesen, als sie anstatt des sehr berühmten Pod einen Herrn v. Dallwitz, Sohn seines Vaters, aufzustellen, der vor dem Staatsminister wenigstens den Vorzug hat, daß seine Privatgeschäfte gänzlich unbekannt sind.

Die Sozialdemokratie bedauert diesen Ostprignitzer Szenen- und Personenwechsel noch viel aufrichtiger als die „Kreuzzeitung" es tut. Es gibt keinen würdigeren Vertreter des Konservativismus als Pod, sowie es keinen würdigeren Repräsentanten des Nationalliberalismus gibt als Peters. Aber die vornehme Zurückhaltung der eigentlichen Schlachtenlenker ändert nichts an ihrer Führereigenschaft. Das ist es ja, wenn man den Dingen ihren persönlichen Namen gibt, worum es sich in diesem heiligen Kaffernkrieg handelt: Pod und Peters in Deutschland voran!

**Freisinnige Verlumpung.** In Sorau-Forst beschlossen die Freisinnigen, schon im ersten Wahlgange für den Feind des Reichstagswahlrechts, Bahn, zu stimmen. „Hunde sind wir ja doch!"

**Die Bernhardiner.** Zentrumsblätter geben als Wahlparole mit zarter Anspielung auf den Vornamen des Reichskanzlers die Parole: Gegen die Bernhardiner! aus. Diese Bernhardiner heißen ihre Erfinder, denn den Bernhardiner spielte das Zentrum gerade bis zum Frühjahr dieses Jahres. Außerdem zeichnen sich die Bernhardiner durch eine Treue und Zuverlässigkeit aus, die gerade in diesem Falle keiner der Beteiligten gezeigt hat.

**Parteigenossen! Sammelt Geld für die Reichstagswahlen! Liefert die ausstehenden Sammellisten sofort ab. Parteigenossen!**

## Aus aller Welt.

**Zur Katastrophe bei** [illegible]

[illegible]

[illegible] angekommenen Arbeiter sind drei Familienväter. Verletzt sind etwa 12 Personen.

**Trauriges Ende eines „blinden" Passagiers.** [illegible] konnte jetzt ermittelt werden. Der Tote ist nach den [illegible] Papieren als ein Glaser Namens Friedrich Kolbe [illegible] worden. Da er keine Fahrkarte bei sich hatte, ist anzunehmen, daß er als „blinder" Passagier nach Berlin fahren wollte. [illegible] mit dem Kopfe gegen einen Telegraphenmast geschleudert, wobei er einen Schädelbruch erlitt.

**Die bestohlene Polizei.** Ein lustiges Diebesstückchen wird aus Paris gemeldet: [illegible]

**11 Tage lebendig begraben.** [illegible]

[illegible] nächsten Tage gelang es, eine Röhre durchzubohren, und durch diese wurde es dem eingeschlossenen Manne möglich, mit seinen Kameraden zu sprechen. Dann wurde Wasser und flüssige Nahrung durch die Röhre gegossen, so daß der Mann vom Hungertode gerettet wurde. [illegible] wurde er befreit.

**Kleine Chronik.** Eine schwere Katastrophe auf dem Eise ereignete sich am Freitag auf dem Stadtteich in [illegible]. Dort brach eine Anzahl Kinder in dem morschen Eise ein. 13 ertranken. — In Brand geraten sind in der [illegible] Petroleumquellen. Das ganze Dorf ist durch das Feuer in Gefahr. Wie es heißt, sollen bei dem Brande mehrere Menschenleben umgekommen sein. — Von den eigenen Kindern ermordet wurde [illegible] während er auf dem Ruhebette lag. Täter sind der neunzehnjährige Sohn und die noch jüngere Tochter des Ermordeten. [illegible] — Sonnabend kam ein unbekannter Mann [illegible] warf er eine Bombe, durch die er selbst [illegible] verwundet wurden. — Der „Matin" meldet aus Teheran, daß zwei Mitglieder der russischen Gesandtschaft von Räubern angegriffen worden sind, als sie von einem Jagdausflug nach Teheran zurückkehrten. — Ein heftiger Sturm wütet an der spanischen Küste. Mehrere Dampfer werden vermißt.

## Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 7. Januar.

### Geschichtskalender.

**7. Januar.**

1529 Der berühmte Erzgießer Peter Vischer †.

1715 Der französische pädagogische Schriftsteller und Fabeldichter Fénelon †.

1834 Lehrer Philipp Reis, Erfinder des Telephons, *.

1906 Explosion auf der Akita-Grube in der japanischen Provinz Iwate. 100 Arbeiter getötet.

### Heil!

Nun erst wird Breslau von der roten Flut gerettet werden. Was kein Kompromißkandidat aller bürgerlichen und staatserhaltenden Parteien vermögen würde, nur ein antisemitischer Sonderkandidat, nur er allein wird's können. Deshalb ist Breslau großes Heil widerfahren: Die hiesige Ortsgruppe des **Deutschen Volksbundes hat eine eigene Kandidatur für Breslau-Ost** beschlossen.

In der betreffenden Sitzung kritisierte auch der den Herren bekanntlich sehr nahestehenden „Schlesischen Morgenzeitung" Herr Kaufmann Wolf, der Oberhäuptling aller Breslauer Teutonen, aufs schärfste die Kandidaturen Fürst Hatzfeldt und Pfundtner, gab seiner größten Verwunderung darüber Ausdruck, daß die Deutschkonservativen als stärkste bürgerliche Partei in Breslau solch große Zugeständnisse machten und daß sie nicht eine Kandidatur Strosser proklamierten, welcher der Bund gern zugestimmt hätte. Strosser habe gezeigt, was er will, dagegen habe Fürst Hatzfeldt keine Ahnung von den Wünschen des Mittelstandes und könne sie auch gar nicht haben. Für den Bund gäbe es keine roten und auch keine liberalen Stimmzettel, die Antisemiten müssen es ablehnen, für Pfundtner zu stimmen, er sei nun einmal ein Freisinnsmann. Glaube man vielleicht, daß die Mittelstandsleute in Breslau, die Handwerker, für Fürst Hatzfeldt stimmen werden? Es handelt sich doch bei dieser Wahl nicht nur darum, ob der Nachtragsetat für Südwestafrika bewilligt wird oder nicht. In der kommenden Legislaturperiode werden auch andere Fragen zu erledigen sein. Fallen die Wahlen regierungsfreundlich aus, dann schließen sie eine Gefahr für den Mittelstand und für die deutsche Landwirtschaft in sich, denn die Regierung will einen liberalen Block. Man hat in Breslau die Verpflichtung ausgesprochen, der Bund könnte einen eigenen Kandidaten aufstellen und damit der nationalen Sache schaden. Nun, wir sind unabhängig, man hat uns nicht gefragt, als die Aufstellung der Kandidaturen erfolgte. Gleich im ersten Wahlgange für Fürst Hatzfeldt einzutreten, ist unmöglich, bei einer event. notwendig werdenden Stichwahl werde man es tun.

Nun sinke in den Staub, du rotes Banner! Am 25. Januar wirst du über Breslau-Ost nimmer wehen. Dreihundert teutsche Helden haben es sich geschworen, sie, nicht aber so ein hergelaufener Fürst, werden die roten Sozis mausetot machen. Heil uns! Heil! Heil!

### Durchbrechung des gesetzlichen Neunuhr-Ladenschlusses.

Wie berichtet, dürfen an den ersten sechs Sonnabenden im Jahre die Ladengeschäfte in der Stadt Breslau bis zehn Uhr Abends für den Verkauf offen gehalten werden. Am ersten Sonnabend hat die Geschäftswelt fast einmütig darauf **verzichtet**, von dieser „Vergünstigung" Gebrauch zu machen. Auf der Schmiedebrücke waren nach 9 Uhr noch geöffnet: 5 Zigarrengeschäfte, je 1 Kolonialwaren-, Wurst-, Wäsche- und Lederwarengeschäft, sowie ein Bäckerladen. Dasselbe Bild zeigten auch die anderen Straßen. Der Verkehr in den Geschäften war gleich Null. Das ist auch gar nicht verwunderlich. Im Winter ruht nach 9 Uhr Abends der Verkehr in den Straßen fast gänzlich, nur vereinzelt noch sieht man Passanten dahineilen. Am vorigen Sonnabend kam noch hinzu, daß in der großen Masse der Bevölkerung infolge der verflossenen Feiertage und des damit zusammenhängenden geringen Verdienstes eine allgemeine Geldknappheit herrscht. Wozu um alles in der Welt da noch eine Verlängerung der Geschäftszeit nötig war, vermag man beim besten Willen nicht einzusehen.

* **Herr Dr. Pfundtner**, der „freisinnige" Kompromißkandidat, gehört gar nicht der freisinnigen Volkspartei an, sondern zählt zu den Deutsch-Konservativen. So stellt wenigstens das offizielle Organ der Schlesischen Deutsch-Konservativen, die „Schlesische Morgenzeitung" fest, und die muß es doch wissen. In einer Uebersicht über die schlesischen Kandidaturen sind die einzelnen von den Konservativen zu unterstützenden Kandidaten mit der Maßgabe aufgeführt, daß hinter dem Namen eines jeden Kandidaten seine Parteistellung angegeben ist, während nach einer hinzugefügten Bemerkung die Herren, bei denen nichts angegeben ist, als deutschkonservativ gelten sollen. Weder beim Fürsten Hatzfeld noch beim Dr. Pfundtner findet sich ein Vermerk. Herr Kurt Nitschke reklamiert die Herren also schlankweg für die Deutsch-Konservativen. Arme Freisinnige! Aber so ganz Unrecht wird die „Schles. Morgenzeitung" doch nicht haben, wenn sie auch in der nächsten Nummer bereits eine Berichtigung bringt.

* **Die nächste Stadtverordnetenversammlung** fällt Donnerstag, den 10. Januar, aus.

* **Eine Stoffsammlung zu den Reichstagswahlen von 1907** ist soeben nach der „Schles. Morgen-Ztg." von dem Bureau des **Deutschkonservativen Vereins** für die Provinz Schlesien, Breslau, Tauentzienstraße 49 — will sagen, von Herrn Dr. **Kurt Nitschke** — herausgegeben worden und durch die Buchhandlungen oder das Bureau zum Ladenpreise von 50 Pfg. zu beziehen. Die Broschüre soll neben einer Einleitung die Rede des bisherigen Reichstagsabgeordneten Grafen zu Limburg-Stirum in der Wählerversammlung des Vereins der Konservativen im Breslau-Neumarkter Wahlkreise enthalten; ferner die Frage „600 oder 2500?", wobei die wichtigsten Reden in der letzten Reichstagssitzung vom 13. Dezember (auch die gegnerischen?) abgedruckt sind; einen Abschnitt über die „Bedeutung Deutsch-Südwestafrikas"; „der Bahnbau Kubub-Keetmanshoop"; „Togo, Wistuba und die Kolonial-Skandale"; die Frage: „Hat Roeren in das amtliche Disziplinarverfahren eingegriffen?" und „Der neue Kurs". — Wir sind wirklich neugierig, den Kohl, den der Junkersöldling dort zusammengetragen hat, einmal vor Gesicht zu bekommen.

* **Das Arbeiter-Sekretariat Breslau** ist im Monat **Dezember** von 616 Personen in Anspruch genommen worden; davon waren erstmalige Besuche 491, wiederholte 125. Im ganzen wurde in 639 Fällen Auskunft erteilt. Von den 616 Personen waren männlich 527, weiblich 89, organisiert 314, Ehefrauen Organisierter 40, Organisationsunfähige 62. Wohnhaft in Breslau 569, auswärts 47. Von den 639 Fällen wurden erledigt schriftlich 169, mündlich 470; die Zahl der angefertigten Schriftsätze beträgt 185.

* **Todesfall.** Der Stadtkanzleidirektor **Emil Kempski**, einer der ältesten Beamten des Breslauer Magistrates, ist in der Nacht zum Sonnabend gestorben. Der Dahingeschiedene ist beinahe fünfzig Jahre in der Verwaltung der Stadt Breslau tätig gewesen. Der Magistrat, sowie die Beamten des Magistrats widmen dem Verstorbenen anerkennende Nachrufe, in denen die Pflichttreue, der Fleiß und die Gewissenhaftigkeit des Entschlafenen nach Verdienst gerühmt werden.

* **Ferdinandsteich.** Das sogenannte Kalkschemmenloch im Scheitniger Park soll nach dem Willen des Magistrats zur Erinnerung an den verstorbenen Geheimen Regierungsrat Professor Dr. Ferdinand **Cohn**, künftig „Ferdinandsteich" heißen.

**Regierungserlaß wegen der Roburit-Explosionen bei Witten.** Die Explosionen in der Roburitfabrik bei Witten haben jetzt den Handelsminister zu einer Verfügung an die Regierungspräsidenten veranlaßt. Es heißt darin, daß die Herstellung sogenannter Sicherheitssprengstoffe nicht so ungefährlich sei, wie man bisher angenommen habe. Anscheinend erleiden die Spreng- oder Rohstoffe Veränderungen, durch die die Explosionsgefahr erheblich gesteigert wird. Erst auf Grund eingehender Untersuchungen können weitere Sicherheitsmaßregeln festgestellt werden. Damit bis dahin nicht unzureichende Vorschriften erlassen werden, so sollen alle von den Bezirksausschüssen ausgehenden Entscheidungen dieser Art bis auf weiteres vom Ministerium in der Rekursinstanz nachgeprüft werden. Dies geschieht dadurch, daß der Regierungspräsident als Vorsitzender des Bezirksausschusses ausnahmslos Rekursbeschwerde erhebt mit der Begründung, daß sich mangels ausreichender Erfahrungen nicht übersehen lasse, ob die Entscheidung des Bezirksausschusses den sicherheitspolizeilichen Rücksichten ausreichend Rechnung trage. In den bestehenden Fabriken soll zunächst für eine **vollkommene Ausgestaltung der Feuerlöscheinrichtungen** Sorge getragen werden.

* **Oeffentliche Straßenuhren.** Um einen **Entwurf für das Gehäuse einer öffentlichen Straßenuhr** zu erlangen, erläßt die städtische Kunstdeputation ein Preisausschreiben. Bewerber müssen in Schlesien geboren oder ansässig sein. Der Preis für die Ausführung des Gehäuses darf 3000 Mark nicht übersteigen. Als Preise sind ausgesetzt: 250, 150 und 100 Mark. Die Bedingungen für den Wettbewerb werden kostenfrei vom Magistratsbureau VII, Blücherplatz — Alte Börse — abgegeben. Die Entwürfe sind bis 7. März 1907, Abends 6 Uhr, an die Direktion des Schlesischen Museums für Kunstgewerbe und Altertümer, hier, Graupenstraße 11, einzusenden.

* **Fundsachen-Versteigerung.** Am Donnerstag fand im Empfangsgebäude des **Hauptbahnhofes** eine Versteigerung der eingelieferten und nicht zurückverlangten Fundsachen und Handgepäckstücke öffentlich an den Meistbietenden gegen sofortige Baarzahlung statt. Neugierige, Trödler und private Kauflustige hatten sich eingefunden und boten flott auf die meist partieweise verauktionierten neuen oder noch gut erhaltenen Fundstücke, als Schirme, Stöcke, Reisekörbe, Koffer, Hüte, Kleider, Taschen, Decken, Uhren, Fahrräder, Handschuhe 2c., was eben die Reisenden so liegen lassen auf der Eisenbahn. Die Auktion brachte guten Erlös. Die anwesenden Händler verkauften auch gleich unter sich oder ans Publikum die Gegenstände weiter. Das Fundbureau ist ein interessanter Raum, in dem peinlichste Ordnung herrscht. In hohen Regalen liegen die Fundsachen hübsch sortiert, sauber geordnet ein halbes Jahr, nach welcher Zeit sie versteigert werden.

* **Aus dem Kunstgewerbemuseum.** Auf Einladung der Museumsdirektion wird am 9. und 12. Januar Dr. **Moritz Dreger**, Kustos am k. k. österreichischen Museum für Kunst und Industrie und Privatdozent an der Universität Wien, zwei Vorträge über die „Hauptarten der Spitze" (mit Lichtbildern) halten. Die alten Spitzen sind zwar sehr beliebt und geschätzt, aber die Kenntnis der Entwickelungsgeschichte des ganzen Gebietes ist sehr wenig verbreitet und für die Bestimmung der verschiedenen Arten begnügt man sich mit willkürlichen Bezeichnungen. Eine Einführung in die Kenntnis der Spitzen, die auch ihre Verwendung in der Tracht durch alte Bilder illustrieren wird, dürfte vielen umsomehr willkommen sein, als das interessante Thema hier wohl überhaupt noch nicht in öffentlichen Vorträgen behandelt worden ist. Dr. Dreger hat sich durch zwei große Publikationen „Die Entwickelungsgeschichte der Spitze" und „Die Spitzen-Ausstellung des k. k. österreichischen Museums" einen Namen als einer der besten Kenner dieses Gebietes gemacht. — Karten zu 2 Mark für beide Vorträge sind im Bureau des Kunstgewerbemuseums täglich von 10—2 Uhr zu haben. Die Vorträge finden im Vortragssaale des Kunstgewerbemuseums statt, beginnen pünktlich 8¼ Uhr und dauern 1½ Stunden.

* **Die Ausstellung des Kunstvereins Lichtenberg** im Museum der bildenden Künste erfuhr in der letzten Woche eine Umgestaltung. Außer den bereits erwähnten Sonderausstellungen von Prof. Hans Thoma, Prof. F. Skarbina, Philipp, Klein, Walter Besig und Bruno Richter treten neu hinzu: Ida Freund hier mit neun Bildern, Karl Wohlrab-Blasewitz mit sechs Bildern, unter denen sich drei Porträts von Breslauern befinden. Müller-Bernburg-München bringt außer Landschaften aus dem Isartal auch Motive aus dem Riesengebirge. Weiter finden wir H. Kruse-Frankfurt a. M., E. Gentzel-Charlottenburg, H. Licht-Charlottenburg, Fritz Donzette-Schlachtensee vertreten. G. Thrahn-Karlsruhe stellt ein größeres Gemälde „Auf dem Strome des Lebens" aus. Außerdem wäre noch zu erwähnen: P. Erhardt-München, F. Hentschel-Poln.-Bessel, A. Staeble-München und Elfriede Landsberger hier mit einer Anzahl Porträts und Studien.

* **Ueber einen mysteriösen Vorfall**, welcher sich in der Nacht vom Mittwoch zum Donnerstag gegen 11 Uhr auf der Dombrücke abgespielt hat, wird folgendes gemeldet: Ein Mädchen, anscheinend den besseren Ständen angehörend, im ungefähren Alter von 19 Jahren, hat sich um die angegebene Zeit an einer nicht ungeschützten Stelle in die Oder gestürzt und so ihren Tod unter der Eisdecke gefunden. Passanten beobachteten das junge Mädchen, welches verweint und aufgeregt aussah, wie es mehrere Male auf der Dombrücke hin und her ging und eine günstige Stelle zur Ausführung ihres Vorhabens suchte. In einem ihr günstigem Augenblick führte sie ihr Vorhaben aus. Irgend welche Sachen, die zur Ermittelung der Person der Selbstmörderin führen könnten, sind nicht vorgefunden worden. Die Auffindung der Leiche wird infolge der starken Eisdecke so leicht nicht möglich sein.

## Aus Schlesien und Posen.

### Zur Wahlbewegung.

Die Vereinigten konservativen Parteien des Wahlkreises **Sagan-Sprottau** haben Rittergutsbesitzer **von Bolko** als Reichstagskandidaten aufgestellt. — Pfarrer **Kapitza** in **Gleiwitz** hat seine Kandidatur zurückgezogen. — In **Oberschlesien** scheint bei den kommenden Wahlen der Rest der **polnischen Sezessianer die Zentrumsfahne verlassen** zu wollen. Wenigstens veröffentlichen jetzt 13 **polnische Pfarrer**, die sich bisher zum Zentrum bekannten, die Erklärung, daß sie sich jetzt „mit dem Volke vereinigt" hätten; so nennen sie die Annahme der Kandidaturen für die polnische Fraktion. Die „Schlesische Volkszeitung" meint voll Melancholie, der Polenfraktion werde dieser Schritt der Geistlichen zu nützen, denn er werde großen Eindruck beim Volke machen. Aber er sei ein schweres Unrecht, da er aus kirchlichen Gründen in keiner Weise nötig gewesen sei und die Kluft zwischen deutschem und polnischem Klerus, wie zwischen dem Volke und den Geistlichen erweitern würde, „die sich nicht unbedingt unter polnisches Kommando stellen wollen." Wenn nicht alles trügt, sind alle Kreise, in denen es eine kleine polnische Mehrheit gibt, zum [illegible] Teil in [illegible] gewesen.

**Der deutsche Wahlkuddelmuddel für die ganze Provinz Posen** ist soeben perfekt geworden; derselbe gilt nicht nur für die bevorstehenden Reichstagswahlen, sondern auch bereits für die nächsten Landtagswahlen und ist unterzeichnet vom Bund der Landwirte, vom konservativen Zentralverein, vom Ostmarkenverein, vom Verein Deutscher Katoliken und von den — Freisinnigen Bezirksverbänden Posen und Bromberg. — Damit hat also für Posen der Freisinn aufgehört zu existieren, und gehört nunmehr der Geschichte an. Polen und Sozialdemokraten werden desto leichteres Spiel haben. Der frühere polnische Abgeordnete Prälat v. Jazdzewski ist von den Vertrauensmännern seines Wahlkreises nicht wieder als Kandidat aufgestellt worden, weil er den Wählern zu „versöhnlich" und nicht radikal genug erscheint. Die Polen können jetzt nur Männer gebrauchen, die ihren Unterdrückern die Stirn bieten, und wenn nötig auf einen Schelmen anderthalbe setzen. Das ist auch eine Folge der Bülow'schen Polenpolitik.

### Bebel an Ablaß?

In einer am Sonnabend stattgehabten freisinnigen Versammlung in **Lomnitz** b. Hirschberg erzählte der jetzt sattsam bekannte Rechtsanwalt **Ablaß** den Teilnehmern eine gar rührselige Geschichte. Der Mann behauptete nämlich, „sogar" **Bebel** hätte sich brieflich an ihn, (Ablaß) gewendet, um die — Wahrheit über die freisinnige Erbärmlichkeit in Voigtsdorf und über die Verruchtheit des unangenehmen Albert zu erfahren!!!

Nun leuchtet ohne weiteres ein, daß das eine neue freisinnige fette **Ente** ist.

Immerhin aber haben sich unsere Genossen p. Eilbrief an Bebel gewendet, um den (von Herrn Ablaß wohlweislich **totgeschwiegenen**) Wortlaut des ominösen Briefes zu erfahren, damit der freisinnigen Ente so schnell wie möglich der Hals umgedreht werden kann.

Soviel scheint schon heute festzustehen — wenn Bebel überhaupt den Ablaß eines Briefes für würdig gehalten hat: Bebel wird dem ehrbaren Herrn Doktor nahegelegt haben, seine Voigtsdorfer Behauptung, Bebel habe von seinen Erbschaften der Partei nichts abgegeben, ehrlich zurückzunehmen. Es kennzeichnet diesen Herrn, daß er sogar aus dieser Ohrfeige Kapital für sich herauszuschlagen versucht.

Muß man wirklich freisinniger Advokat sein, um **diesen** Grad politischer Skrupellosigkeit zu erreichen?

Sobald die Antwort Bebels vorliegt, werden wir an der Hand derselben das Gebahren dieser freisinnigen Strauchritter weiterhin beleuchten. Bis dahin mögen die Ablaßianer in **diesem** Zeichen weiter — „siegen"!

### Die lieben Arbeitswilligen!

Ueber ein unerhörtes Urteil, das obendrein noch von der Strafkammer bestätigt wurde, weiß der „Bote" zu berichten: Zwei Bergarbeiterfrauen aus Rothenbach waren vom Schöffengericht **Landeshut** wegen **sogenannter** Beschimpfung von Arbeitswilligen zu **je einer Woche Gefängnis** verurteilt worden. Sie legten gegen das Urteil Berufung ein. Bei dem letzten **Bergarbeiterstreik** auf dem **niederschlesischen Kohlenrevier** sollen die Bergmannsfrauen Josefine N. und Emilie Sch. in Rothenbach zwei arbeitswillige Bergleute, die von der Schicht kamen, verhöhnt und beschimpft haben, um sie auf diese Weise zum Anschluß an den Streik zu bewegen. Die beiden Angeklagten bestreiten entschieden, die Aeußerungen, die sie nach den Aussagen der beiden Arbeitswilligen getan haben sollen. **Das Zeugnis dieser beiden Arbeitswilligen erscheint nicht unbedenklich.** In einem wichtigen Punkte ist es zum mindesten wohl nicht der Wahrheit entsprechend. Durch einen einwandsfreien Zeugen, der absolut nicht am Streik beteiligt war, wird nämlich nachgewiesen, daß **auch einer von den beiden Arbeitswilligen die Frauen in ganz roher Weise beschimpft** hat. Dies stellen nun die Arbeitswilligen in Abrede oder suchen es wenigstens als ganz harmlos hinzustellen. Der unparteiische Zeuge meint sehr richtig, es sei eine **gegenseitige Schimpferei** gewesen und er (der Zeuge) hätte darin durchaus keine Beeinflussung auf die Streikenden gesehen, sich dem Streik anzuschließen. Aber die **Strafkammer** ist ebenso wie das Schöffengericht der Ansicht, daß die beiden Frauen sich eines Vergehens gegen den jetzt so viel genannten § 153 der Gewerbeordnung schuldig gemacht haben. Auch die erkannte Strafe hielt der Gerichtshof für angemessen und so lautete denn das Urteil auf Verwerfung der Berufung.

Nach diesem Urteil sind Streikende überhaupt als vogelfrei zu betrachten. Es ist weit gekommen in der preußisch-deutschen Rechtspflege.

### Was der Wuchertarif der Industrie bescherte.

Je länger der Zolltarif vom Dezember 1902, der mit dem 1. März 1906 in Kraft trat, besteht, desto mehr erweist er sich als ein verhängnisvolles Instrument für die deutsche Volkswirtschaft beziehungsweise Industrie. Zahlreiche Handelskammern haben sich schon in unverblümter Weise über die schädlichen Wirkungen des Zolltarifs geäußert, so erst vor kurzem die Handelskammer in **Oppeln**, wie wir ja auch an dieser Stelle mitteilten. Allgemach beginnt man jetzt in den Kreisen der Industrie einzusehen, daß man seinerzeit eine Riesendummheit machte, indem man mit den feudalen Agrariern durch Dick und Dünn ging. Die Arbeiterschaft stellte einfach höhere Lohnansprüche und wenn sich die Industrieherren widersetzten, trat sie in den Ausstand. Gewiß hatten die Arbeiter in diesen Kämpfen nicht immer Erfolge aufzuweisen, aber die Industriellen mußten an den Schäden ebenfalls teilnehmen. Aber nicht nur das! Die einheimische Industrie verfällt mehr, als das vor dem Inkrafttreten des Zolltarifs der Fall war, auf den Gedanken, sich vor dem Bankrott dadurch zu retten, daß sie **auswanderte**, um den Zöllen zu entgehen, die Produktion zu steigern und die Gewinne auf möglichst gleicher Höhe zu erhalten. Dieser Tage wird wieder eine dieser Auswanderungen bekannt. Die **Silesia in Paruschowitz** erbaut in **Milchkop in Russisch-Polen** ein Emaillewerk. **Die Zollbestimmungen des neuen Zolltarifs haben den früheren Export nach Rußland lahmgelegt, weshalb sie in Rußland selbst die Emaillewaare produzieren wird.**

Ob Bülow und Posa sich auf ihr grandioses Werk noch immer etwas einbilden? Wir möchten beiden Herren doch zu bedenken geben, daß der „Patriotismus" in den Kreisen der Industrie durch eine solche „staatsmännische" Politik immer mehr abbröckelt. Und das wär's freilich recht sein!

**Schweidnitz, 5. Januar. Volks- und Wählerversammlung.** Am 3. d. M. tagte im Lokal des Herrn Kabel eine sehr gut besuchte Volksversammlung, in welcher der Kandidat des Kreises Genosse Oskar Schütz über die Bedeutung der bevorstehenden Reichstagswahlen sprach. In 1½stündiger, sehr oft von Beifall unterbrochener Rede entrollte derselbe ein Bild der jetzt bei uns herrschenden Zustände und forderte zum Schluß die Anwesenden auf, an der nun beginnenden Wahlarbeit recht energisch teilzunehmen. Trotz des schlechten Wetters und der noch schlechteren Wege waren die Arbeiter aus den umliegenden Ortschaften mit ihren Frauen erschienen. Jedenfalls ein recht günstiges Zeichen.

—r. **Schweidnitz, 8. Januar.** Großfeuer. Die auf der Bahnhofstraße gelegene Kramer'sche Strohhülsenfabrik ist zum größten Teil durch eine verheerende Feuersbrunst vernichtet worden. Das Feuer war in einem der Betriebsräume infolge Heißlaufens einer Maschine zum Ausbruch gekommen und fand in den angehäuften Strohvorräten und fertigen Fabrikaten reichliche Nahrung. Die Fabrikationsräume sind vollständig ausgebrannt; zirka 60 zum Teil recht wertvolle Maschinen mit [illegible] geworden. Die Firma arbeitete zum übergroßen Teil mit [illegible].

—r. **Schweidnitz, 8. Januar.** Bös hineingefallen sind die hiesigen Mittelständler mit Herrn Bäckermeister Emil Bischoff an der Spitze. Wie noch vielen in Erinnerung sein dürfte, richtete Herr Bischoff in einer am 24. August v. J. abgehaltenen öffentlichen Protest-Versammlung heftige Angriffe gegen den Magistrat, namentlich aber gegen den Stadtbaurat Schramm. Angeklagt wegen öffentlicher Beleidigung ist nun Herr Bischoff de- und wehmütig zu Kreuze gekrochen. In der am Freitag stattgefundenen Verhandlung vor der hiesigen Strafkammer kam zwischen den Parteien ein Vergleich zustande, dem zufolge Herr Bischoff seine in obiger Versammlung erhobenen Anschuldigungen zurücknehmen und sich zu einer öffentlichen Abbitte bequemen muß. Damit hat der mit großem Tamtam inszenierte Entrüstungsrummel der hiesigen Mittelständler einen gar kläglichen Abschluß gefunden.

**Weißstein, 5. Januar.** „Ehret die Frauen" mahnt zwar Schiller, in der Praxis aber wird dieser Grundsatz in der Regel nur hinsichtlich der „Damen" befolgt, während die „Weiber" davon ausgenommen sind. So hatte eine Bergmannsfrau von hier bei dem Besitzer der Emilienhütte, Herrn Richard, eine Aufwartestelle übernommen. Für den horrenden Lohn von neun Mark monatlich hatte sie dort etwa 6½ Stunden am Tage zu arbeiten. Als sie sich nun dieser Tage nach getaner Arbeit entfernen wollte, wurde sie aufgefordert, noch Kohlen herbeizuschaffen. Da dies von ihr bisher noch nicht verlangt worden war, insbesondere nicht nach beendeter Arbeit, weigerte sich die Frau, dies noch zu tun. Da bekam sie zu hören, sie sei genau so faul wie andere Bergmannsweiber und die Würmer kämen schon. Die Frau verlangte darauf ihren verdienten Lohn, dieser wurde ihr aber unter dem Hinweis auf das erhaltene Weihnachtsgeschenk verweigert. Schließlich wurde von Hausfriedensbruch geredet und daß die Frau schlimmer sei als die Sozialdemokraten. So mußte sie sich denn ohne Lohn entfernen. Die Bergmannsfrauen wissen jetzt also, daß sie so faul sind, daß sie die Würmer fressen.

**Hirschberg, 5. Januar.** Ein bisher freisinnig unterrichteter Wähler sendet uns ein Eugen Richtersches „Politisches ABC-Buch" (freisinnige Bibel) und dazu folgendes Schreiben:

Sehr geehrte Redaktion!

Mit großem Vergnügen habe ich, der ich bisher stets freisinnig gestimmt habe, den Ausführungen Ihres Herrn Albert in Voigtsdorf gelauscht. Insbesondere hat mir gefallen, daß es Herrn Albert spielend leicht war, Herrn Ablaß nachzuweisen, daß seine Behauptung: Die Freisinnige Volkspartei habe für die Kolonien stets bewilligt, was notwendig war, eine glatte Unwahrheit war. Zu Hause angekommen, nahm ich mir Richters Handbuch vor — das ich Herrn Albert hiermit gern zum Andenken überlasse — und finde da auf Seite 189 alles das bestätigt, was Herr Albert gegen den miserabel orientierten freisinnigen Rechtsanwalt ausgeführt hat. Insbesondere heißt es da:

„Die 1884 eingeleitete Kolonialpolitik hat dem deutschen Reiche **bis jetzt zirka 100 Millionen Mark Kosten verursacht**, einer erheblichen Anzahl von deutschen Offizieren und Beamten das Leben gekostet, Streitigkeiten mit anderen Kolonialstaaten veranlaßt, das Ansehen Deutschlands durch das Verhalten deutscher Beamten in den Kolonien geschädigt, ohne daß der Zweck einer Kolonialpolitik, **wirtschaftliche Vorteile** aus dem Kolonialbesitz zu ziehen und Deutschen Gelegenheit zu geben, unter dem Schutze des Reiches sich in den Kolonien anzusiedeln, auch nur in irgend nennenswertem Maße erreicht worden wäre. Auch für eine irgendwie absehbare Zukunft ist dergleichen nicht zu erwarten. Was in überseeischen Gebieten sich irgendwie für den Kolonialbesitz europäischer Staaten eignete, ist längst vor 1884 durch andere Kolonialstaaten in Besitz genommen worden".

Und ferner:

„Für die Ansiedlung von Deutschen insbesondere sind die Schutzgebiete ungeeignet, weil in allen in den Tropen gelegenen Kolonien Deutsche körperliche Arbeit nicht verrichten können. Nur Deutsch-Südwestafrika ist außerhalb der Tropen gelegen. Es macht eine erhebliche Kolonisierung in Südwestafrika aber ... wegen Mangels an Wasser und Holz unmöglich, ganz abgesehen von der Gefährdung aller Niederlassungen durch die räuberischen Hottentotten. Alle Versuche, Niederlassungen von Deutschen in Südwestafrika herbeizuführen, sind über einen bedeutungslosen Anfang nicht hinausgekommen".

Sodann an einer anderen Stelle:

„Im günstigsten Falle vermögen die gesamten Kolonien für absehbare Zeit nur einigen Hundert Kaufleuten, Missionaren und Beamten Stellungen zu verschaffen".

Und über die Folgen sagte Richter:

„Die Befürchtungen des Abgeordneten Bamberger bei der ersten Debatten über Kolonialpolitik im Jahre 1884, daß, wenn nur solche Kolonialpolitik in einer gewissen Schwärmerstimmung angefangen werden sollte, welche Deutschland [illegible] führen, jedenfalls manchen empfindlichen [illegible] entnommen werde, haben sich nur zu sehr bewahrheitet".

Zum Schluß dieser [illegible] Darlegungen sagt der [illegible] Eugen Richter:

[illegible]

[illegible]

—r. **Schweidnitz**, [illegible] Januar. [illegible]

mit einem Stehplatz in einer Ecke und in „drangvoll fürchterlicher Enge" begnügen. Auffallend war die Anwesenheit einer großen Anzahl Gegner, die zum ersten Male eine sozialdemokratische Versammlung besuchten und sicher enttäuscht gewesen sind darüber, daß der Verlauf einer solchen Versammlung so gar nicht den wüsten Schilderungen der Ablaßmänner entsprochen hat. Zum Worte meldete sich jedoch niemand von ihnen, ja es wurde freimütig bemerkt, daß ein Teil von ihnen begeistert in das Hoch auf die Sozialdemokratie einstimmte. Im Privatgespräch mit unsern Genossen gaben diese Bekehrten auch ganz unverhohlen ihrem Unmut über das freisinnige Auftreten vor der gegnerischen [illegible] und der Hausknecht-Taktik der Wenke- und Salomone [illegible] Ausdruck. Wir können den Ablaßmännern für diesen Erfolg ihrer Agitation nur von Herzen dankbar sein.

Nach dem Referat des Genossen Albert-Breslau schilderten mehrere Genossen die neuerdings von den Freisinnigen beobachtete Taktik. Es wurde konstatiert, daß sie jetzt, wo sie sich unkontrolliert glauben, wo sie dem Gegner die Tür verrammelt haben, ihrem „echt freisinnigen" Gebahren nicht die geringsten Zügel mehr anlegen.

Ja, als sich in Lomnitz am Sonnabend einige Arbeiter zum Wort gemeldet hätten, seien sie einfach von den freisinnigen „Leuchten" höchsteigenhändig hinausgeworfen worden. Man wolle eben die Arbeiter nicht, wie denn auch das Flugblatt der Freisinnigen der Arbeiter mit keiner Silbe Erwähnung täte. Mit großer Entrüstung wurde es aufgenommen, daß Ablaß seit gestern mit einem angeblichen Briefe Bebels an Ablaß (!) krebsen gehe. (Siehe an anderer Stelle.) Am 25. Januar werde sich zeigen, wieviel Gimpel auf diesen freisinnigen Leim hüpfen würden. — Mit einem dreimaligen Hoch auf die Sozialdemokratie wurde die begeistert verlaufene Versammlung geschlossen.

**Neustadt OS., 4. Januar.** Was die „freiwilligen Lohnerhöhungen" der Unternehmer wert sind hat nun der Fabrikbesitzer Max Pinkus aus seinen Büchern selbst ersehen. In den letzten Tagen des verflossenen Jahres ließ er einen alten Weber auf das Kontor kommen und fragte ihn, wie es denn komme, oder woran es liege, daß trotz der wiederholten, nun insgesamt 15 Prozent betragenden Lohnerhöhung die Arbeiter noch keinen höheren Verdienst erzielten. Er habe die Bücher eingesehen und gefunden, daß der heutige Verdienst der Arbeiter dem vor zwei Jahren noch immer gleichstehe. Als Antwort wurde ihm, daß dies hauptsächlich an dem schlechten Material liegt, das zur Verarbeitung kommt, daß ferner beim Umrichten der Stühle die Löhne zum Schaden der Arbeiter kalkuliert werden, daß häufig Aenderungen in der Einrichtung vorgenommen werden und daß das Warten auf Ketten nicht vergütet wird. Diese Angaben wurden durch den mitanwesenden Obermeister des Betriebes bestätigt. Als dem besorgten Arbeitgeber aber angedeutet wurde, daß unter den gegenwärtigen Verhältnissen ein Verdienst von 16 bis 18 Mark nicht zuviel wäre, wollte er hiervon nichts wissen. Dagegen munkelte er davon, es noch einmal mit einer fünfprozentigen Lohnerhöhung versuchen zu wollen. Gerüchtweise verlautet aber bereits, daß in Wirklichkeit aus dieser Verheißung nichts werden wird.

Die am Hungertuche nagenden Textilarbeiter und -Arbeiterinnen werden hieraus die richtige Lehre ziehen. Was ein Arbeitgeber aus „gutem Herzen" zu geben vermag, kann niemals ausreichend sein zu einer annehmbaren Milderung des Elends. Es heißt eben selbst Hand ans Werk legen und sich eine ausreichende Existenz erkämpfen. Deshalb hinein in die Organisation. Vor allem aber lasse sich niemand durch „das gute Herz" des Arbeitgebers davon abbringen, am 25. Januar seine Interessen durch die Wahl des sozialdemokratischen Kandidaten zu fördern.

— „Erfolg einer christlichen Lohnbewegung." Zu unserm, kürzlich unter obiger Spitzmarke erschienenen Bericht ist ergänzend nachzutragen, daß die beabsichtigte Lohnreduzierung gegenüber den Tischlern der S. Fränkelschen Fabrik sich auf die Akkordlöhne bezog, nun aber unterblieben ist, während der Tagelohn um 30 Pfg. erhöht wurde.

**Kattowitz, 8. Januar.** Gegen den Abgeordneten Korfanty ist, wie telegraphisch aus Kattowitz gemeldet wird, von der Staatsanwaltschaft ein gerichtliches Ermittelungs-Verfahren anhängig gemacht worden, weil er einen Beamten der fiskalischen Bergverwaltung veranlaßt haben soll, vertrauliche Akten herauszugeben, deren Inhalt er im Reichstag benutzte. In dem einen Fall handelt es sich um eine amtliche Lohnstatistik der oberschlesischen Bergarbeiter, auf die er sich bei der Fleischnotdebatte stützte, im anderen Falle um angebliche Abmachungen des Fiskus mit der Kohlen-Großfirma Wollheim. Seine Vernehmung, wie die einzelner Zeugen fand vorgestern vor dem Untersuchungsrichter statt.

Die Meldung erscheint recht seltsam. Die amtliche Statistik über die Löhne der oberschlesischen Bergarbeiter, die regelmäßig in der Vierteljahrsheften der Statistik des Deutschen Reichs veröffentlicht wird, ist doch kein „vertrauliches Aktenstück".

**Zabrze, 8. Januar.** Vor dem Gesetz sollen alle gleich sein, nach der Verfassung in Deutschland. In dem Orte Paulsdorf bei Zabrze denkt die Behörde aber anders(?). Vor acht Tagen fand im Lokale des Herrn Robert [illegible] eine öffentliche Versammlung statt. Die anwesende Polizei fand alles in Ordnung.

Sonntag darauf, also am 31. Dezember wollten verschiedene [illegible]

[illegible]

## Kleine provinzielle Nachrichten.

Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich in Schweidnitz in der [illegible] Maschinenwärter Leupelt seit etwa 1½ Stunden vermißt hatte, fanden ihn die Angestellten bei näheren Nachforschungen in zerfleischtem Zustande unter der Betriebsmaschine tot auf. Vermutlich hat er das Werk während des Betriebes ölen wollen. Das Getriebe erfaßte seine Kleidung und drehte ihn ein, wobei der Körper des Verunglückten zwischen die Zahnräder geriet und von diesen zerschnitten wurde. Der Leib war kreuz und quer bis auf die Wirbelsäule aufgerissen; die Eingeweide waren um die Räder der beim Auffinden der Leiche noch im Betriebe befindlichen Maschine gewickelt. Die Leiche wurde polizeilich beschlagnahmt. — Auf dem Wege nach Pilgramsdorf blieb der 78jährige Rentenempfänger Junanickel im Schnee stecken; halb erstarrt wurde der Mann vom Chausseewärter Jrrgang aufgefunden und vom sicheren Tode gerettet. — Begnadigt worden ist Oberleutnant von Waldow vom Regiment in Liegnitz. Der Genannte war in dem Prozeß gegen den Leutnant von Lübtow wegen Verleitung zur Desertion zu 45 Tagen Gefängnis verurteilt worden. Im Gnadenwege ist diese Strafe auf vierzehn Tage Stubenarrest herabgesetzt worden. — Die Weberwitwe Auft in Neustadt hatte sich beim Füllen der Petroleumlampe mit Petroleum die Kleider und den Fußboden begossen. Wahrscheinlich hatte sie nach dem Anleuchten das brennende Streichholz auf den Boden geworfen, worauf das Petroleum und ihre Kleider Feuer fingen und sie verbrannte, ehe Hilfe hinzukam. Als Mitglieder der Sanitätskolonne herbeikamen, lebte sie noch und wurde in das städtische Krankenhaus geschafft, wo sie am anderen Vormittag verstarb, ohne das Bewußtsein wiedererlangt zu haben. — Der **Streik auf der Lagzinkhütte** bei **Radzionkau** ist **beendet** worden, nachdem eine Vereinbarung zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern zustande gekommen ist.

# Aus den Gerichtssälen.

### Interessantes vom Kommunal-Wahlverfahren.

Die sozialdemokratische Kandidatenliste war bei den Stadtverordneten-Wahlen, der dritten Abteilung, die am 8. November 1905 in Görlitz stattfanden, der Liste der vereinigten bürgerlichen Parteien unterlegen. Die sieben bürgerlichen Kandidaten wurden mit 3560 bis 3580 Stimmen gewählt, während es die Sozialdemokraten auf 2049 bis 2089 Stimmen brachten. Der Vorkosthändler Lange focht die Gültigkeit der Wahlen an und machte geltend, daß in vier von den zwölf Wahllokalen das Verfahren kein ordnungsmäßiges gewesen sei. Es seien dort gleichzeitig von zwei oder drei Protokollführern die Stimmen verschiedener Wähler zu Protokoll vernommen worden, nachdem die Wähler sich gegenüber dem Wahlvorstande legitimiert hätten. Der Wahlvorstand sei deshalb nicht in der Lage gewesen, die Abgabe der einzelnen Stimmen und ihre Protokollierung zu kontrollieren.

Der Bezirksausschuß zu Liegnitz erklärte nach einer Beweiserhebung unter Abweisung der Klage die Wahlen für gültig. Das Urteil führte im wesentlichen aus: An jeder Wahltafel, die aus mehreren aneinander gerückten Tischen bestand, seien in jenen hier nur in Betracht kommenden vier Wahllokalen während der ganzen Zeit mindestens der Vorsitzende des Wahl-Vorstandes und die vorschriftsmäßige Anzahl von Wahlvorstehern anwesend gewesen. Daneben hätten hier allerdings zwei bis drei Protokollführer fungiert. Der Vorsitzende nahm die Mitte der Tische ein und gruppierte die anderen Wahlvorsteher und die Wahlprotokollführer so, daß neben jedem der letzteren mindestens ein Beisitzer, möglichst aber zu jeder Seite einer zu sitzen gekommen sei. Jeder Wähler sei an den Wahlvorstand herangetreten und habe sich ihm gegenüber legitimiert, worauf der Vorsitzende ihm den Protokollführer bezeichnet habe, der den Teil der Liste führte, der seinen Namen enthielt. Dort habe der Wähler laut seine Stimme abgegeben. Der Vorsitzende der Wahlvorstände und ihre Vertreter bestätigten, daß sie immer in der Lage gewesen seien, dauernd die Abgabe sämtlicher Stimmen zu hören und zu kontrollieren und daß auch die übrigen Mitglieder des Wahlvorstandes die Ordnungsmäßigkeit der Wahl hätten kontrollieren können. In den Wahllokalen der Bezirke 1 und 5 sei es mehrere Male während der ersten Zeit und in den andern zwei Lokalen gelegentlich während der ganzen Wahl vorgekommen, daß mehrere Wähler, nachdem sie sich legitimiert, gleichzeitig bei den verschiedenen Protokollführern ihre Stimme abgaben. Das sei nicht unkorrekt. Es sei nicht dargetan, daß dadurch die Einheitlichkeit des Wahlaktes in Frage gestellt wäre und daß der Wahlvorstand nicht dauernd die Abgabe jeder Stimme hätte kontrollieren können. — Die Protokollführer hätten nur protokolliert, die Entgegennahme der Stimme sei durch den Wahlvorstand erfolgt. Die Wahlen seien zweifellos gültig.

Kläger legte Berufung ein, die Rechtsanwalt Dr. Karl Liebknecht in der Verhandlung vor dem Ober-Verwaltungsgericht am 4. Januar rechtfertigte, indem er unter anderm geltend machte, daß im vorliegenden Falle gegen den Grundsatz verstoßen worden sei, daß die Stimmenabgabe vom gesamten Wahlvorstande entgegengenommen werden müsse. Das sei bei dem hier geübten Verfahren der gleichzeitigen Abstimmung mehrerer Wähler, das auch jede zuverlässige Kontrolle der einzelnen Abstimmung durch den gesamten Wahlvorstand ausschloß, nicht als geschehen anzunehmen. Das Ober-Verwaltungsgericht bestätigte jedoch die Vorentscheidung mit folgender Begründung: Es sei durch die Zeugenaussagen erwiesen, daß sämtliche Wähler laut und deutlich ihre Stimme vor dem Tische abgegeben hätten, wo der Wahlvorstand saß und daß auch alle Mitglieder des Wahlvorstandes in der Lage gewesen seien, die Namen vernehmen zu können. Ob sie sie vernommen hätten, ob sie aufgepaßt hätten oder nicht, das entziehe sich der Nachprüfung des Gerichts. Es sei entscheidend, daß sie sie hören konnten. Das sei auch dann nicht unmöglich, wenn gelegentlich zwei Wähler gleichzeitig ihre Stimme abgaben. — Es frage sich nun, ob in dem hier geübten Verfahren (mehrere Protokollführer und gleichzeitige Stimmabgabe mehrerer Wähler) ein solcher Verstoß gegen die wesentlichen Wahlvorschriften liege, der auf jeden Fall zur Ungültigkeit der Wahlen führen müsse. Das sei zu verneinen. Es gebe keine gesetzliche Vorschrift, in welcher Weise die Stimmen abgegeben werden sollten, abgesehen von der, daß sie laut und deutlich vor dem Wahlvorstand zu Protokoll zu erklären sei. Es sei also nicht untersagt, daß mehrere gleichzeitig vor den Tisch träten, die Stimme an verschiedenen Stellen der Tafel (des Tisches) abgaben und es gleichzeitig täten. Das Verfahren könne ja unzweckmäßig sein, es könne dahin führen, daß die Möglichkeit, alle Stimmen zu vernehmen, ausgeschlossen werde. Das wäre indessen hier aber nicht erwiesen. Es könne deshalb hier keine erhebliche Unregelmäßigkeit darin gefunden werden, so daß es unmöglich sei, die angefochtenen Wahlen für ungültig zu erklären. Ihre Gültigkeit müsse anerkannt werden.

### Erfolgreiche Berufung.

Wegen fahrlässiger Brandstiftung war die Putzmacherin [illegible] Raasch zu 12 Mark Geldstrafe verurteilt worden. Am Abend des 31. Juli hatte sie sich in ihrer Wohnung im vierten Stock des Hauses Ohlauer Str. 9 ihre Wäsche geplättet. Das Plättbrett lag mit dem einen Ende auf dem Fensterbrett und mit dem anderen auf einem schmalen Tische, der auf zwei Beinen mit gespreizten Füßen stand. Dieser Tisch brach zusammen und die brennende Lampe fiel auf die Erde, wo sie explodierte. [illegible] Brandschaden von 250 Mk. am Hause und 300 Mk. an den Sachen der Angeklagten. Beide Beträge wurden von den Versicherungsgesellschaften gedeckt, ein Beweis, daß man dort der Angeklagten keine Schuld zuzuschieben vermochte. Trotzdem hatte das Schöffengericht auf die erwähnte Strafe erkannt. Vor der Strafkammer wurde festgestellt, daß die Angeklagte schon zwei Jahre lang in dieser Weise die Wäsche geplättet hat. Das Gericht sprach darauf, sie hätte nicht annehmen können, daß der Tisch zusammenbrechen würde, weshalb auf Freisprechung zu erkennen sei.